: antifaschistische nachrichten

Nr. 13

g 3336 27.6.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Hoch die internationale Solidarität

„Taksim ist überall" lautet eine der Parolen der Protestbewegung in türkischen Städten. Am Samstag den 22.6.2013 war auch in Köln Taksim, wo ca. 40 000 gegen die Politik der Regierung Erdoğan demonstrierten.



Open Air Solifest von DIDF auf dem Roncalli-Platz in Köln nach der großen Demonstration für die Bewegung in der Türkei (unten)

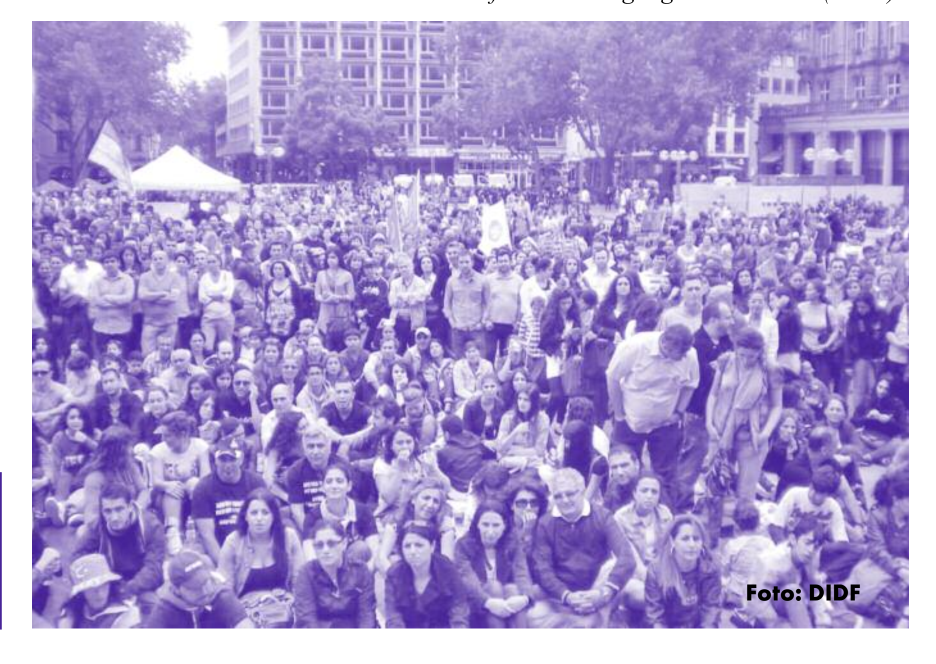


Foto: DIDF

800 gegen Nazi-Laden „Tonsberg" auf der Straße

Am 8. Juni wurde in Glinde bei Bergedorf/HH mit reger Beteiligung gegen den Klamottenladen „Tonsberg" demonstriert.

Der Nazi-Laden, der seit dem 16.09.2011 existiert, verkauft ausschließlich die in der rechten Szene weit verbreitete Klamottenmarke „Thor Steinar" und dient somit als Anlaufstelle für Faschisten*Innen aus der Region. Dabei geht es nicht nur um den Verkauf der Kleidung, sondern auch darum rechtsextreme Strukturen zu organisieren und rassistische Ideologien zu verharmlosen. Es wird versucht einen nationalistischen Lifestyle zu etablieren und dadurch Menschen an die rechte Szene heran zu führen. Wer dort einkauft unterstützt bewusst oder auch unbewusst Neonazis. Seit Eröffnung haben sich Glinder*Innen organisiert und aktiv Widerstand geleistet. Um über den Laden zu Informieren und ihrer Forderung, den Laden zu schließen, Nachdruck zu verleihen, veranstalten sie seit über einem Jahr täglich Mahnwachen.

Keine Zukunft für Nazis, Naziläden dichtmachen!

Infos von: http://www.keine-zukunft-fuer-nazis.info/index.php?action=aufruf
Lokalberichte HH ■

Wolfsburg: 8000 gegen Nazi-Aufmarsch

Über 8000 Menschen demonstrierten am 1. Juni 2013 friedlich gegen den Aufmarsch von knapp 500 Neo-Nazis in Wolfsburg. Der „Schulterschluss der Wolfsburger Demokraten – Bündnis gegen Rechts" hatte auf mehrere Plätze zu einem bunten Demokratiefest eingeladen.

Auf dem Demokratiefest hatten viele Organisationen und Vereine Informationsstände aufgebaut, die trotz des schlechten Wetters dicht umlagert wurden. Zahlreiche Auszubildende von Volkswagen nutzten eine parallel stattfindende Gesamtjugendversammlung, um ihrem Protest Luft zu machen. Im Anschluss kamen sie zum Demokratiefest.

Aus dem Inhalt:

Vor der Veranstaltung hatte der Wolfsburger Stadtrat in einem einstimmigen Beschluss erklärt: „Wolfsburg ist bunt, in unserer Stadt haben Nazis keinen Platz. Wolfsburg ist eine Stadt, die von ihrer Offenheit und multikulturellen und internationalen Vielfalt lebt. Wir distanzieren uns daher in aller Konsequenz von fremdenfeindlichem, menschenverachtendem Gedankengut."

Der Wolfsburger Oberbürgermeister, Klaus Mohr, unterstrich in einer Rede die eindeutige Haltung der Kommune. Neben Mohr sprach auch der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats und des Konzernbetriebsrats, Bernd Osterloh, der unter anderem ein Verbot der NPD forderte. Auch der Vorsitzende des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!", Giovanni Pollice war zugegen und sprach auf der Piazza Italia Bühne. Er lobte das Engagement der Wolsfburgerinnen und Wolfsburger und die IG Metall für die Mobilisierung und den Einsatz gegen Demokratiefeinde. Auch er forderte ein Verbot der NPD. Daneben machten sich auch viele Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften und Kirchen für Akzeptanz und Weltoffenheit stark.

Für Unterhaltung sorgten Wolfsburger Bands und Tanzgruppen, die unentgeltlich spielten und der Comedian Bülent Ceylan, der eigens aus Mannheim angereist war.

„Eine erfolgreiche und friedlich verlaufende Aktion," betonte der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Wolfsburg, Hartwig Erb und lobte die Geschlossenheit des Wolfsburger Schulterschluss.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2013" ■



300 bei Spontandemo in Gedenken an Clément Méric

In Hamburg beteiligten sich am 09. Juni spontan 300 Menschen an einer unangemeldeten Demonstration zum Gedenken an den von Neonazis ermordeten Clément Méric. Der gerade mal 18 Jahre alte antifaschistische-anarchosyndikalistische queer Aktivist Clément Méric aus Paris war am 5. Juni den Verletzungen, die ihm 3 Neonazis der „Jeune Nationaliste Révolutionnaire" zugefügt hatten, erlegen.

Die Demo startete bei der roten Flora und endete am Hafen. Dort gab es zwei Redebeiträge. Im folgenden dokumentieren wir den Redebeitrag von Atesh:

„Wir sind heute hier auf der Straße um dem Ermordeten Antifaschisten Clement aus Paris zu gedenken. Am letzten Mittwoch verstarb Clement an Verletzungen, die er aus einer Auseinandersetzung mit 3 Nazis der „Jeune Nationaliste Révolutionnaire" davontrug. Clement starb, weil er sich wie wir und viele andere Menschen auf der ganzen Welt nicht mit den Verhältnissen abfinden wollte, sondern sich aktiv gegen Unterdrückung und reaktionäre Kräfte wehrte. Uns sollte bewusste sein, dass es jederzeit und an jedem Ort in Europa und auch auf der ganzen Welt zu Angriffen durch Faschist_innen, Rassist_innen und den Staat kommt:

Insbesondere Krisenzeiten begünstigen die Akzeptanz nationalistischer Propaganda und autoritärer Politik in der Gesellschaft. Mit erschrecken beobachten wir das Erstarken faschistischer Gruppierungen. Neonazis und Polizei jagen gemeinsam Migrant_innen und Linke in Griechenland, antisemitische und antiziganistische Hetze sind in Ungarn und anderen Osteuropäischen Ländern an der Tagesordnung.

Auch in Deutschland kommt es immer wieder zu Angriffen und faschistischen Morden durch Neonazis. Unsere Solidarität gilt den Opfern der NSU-Morde und allen Betroffenen faschistischer Gewalt.

Wenn wir an Paris denken, denken wir auch an den Tod unserer drei kurdischen Freundinnen, Sakine, Fidan und Leyla, die am 9. Januar diesen Jahres im kurdischen Zentrum in Paris kaltblütig durch Kopfschüsse hingerichtet wurden. Immer noch ist nicht geklärt, wer hinter den Morden steckt. Die drei waren aktive Kämpferinnen der kurdischen revolutionären Freiheitsbewegung, die sich seid Jahrzehnten in einem Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung befindet. Besonders engagierten sich die 3 gegen patriarchale Verhältnisse in der Gesellschaft aber auch in den eigenen Strukturen. Wir unterstützen unserer kurdischen Freund_innen, die weiter für eine Aufklärung der Morde kämpfen. (…)

Vorfälle wie diese erinnern uns immer wieder daran, Antifaschismus liegt in unseren Händen, nicht nur die NSU-Morde zeigen: wir können und wollen uns nicht auf den bürgerlichen Staat im Kampf gegen Faschismus verlassen. Es ist wichtig antifaschistische Kämpfe in Europa und auf der ganzen Welt miteinander zu verbinden und eine gemeinsame internationalistische Perspektive zu entwickeln!

Egal ob Bozkurt oder Neonazi, egal ob Chrysi Avgi oder Jeune Nationaliste Revolutionnaire, Kampf dem Faschismus immer und überall, für eine weltweite antifaschistische Bewegung!

Solidarische Grüße an alle in den Knästen! • Solidarische Grüße an alle die sich die Scheiße nicht mehr bieten lassen! • Clement wir werden dich nicht vergessen! • Ni Oubli, Ni Pardon!"

Am 12. Juni folgte eine Demonstration mit Kundgebung am französischen Konsulat, die Clément Méric und den drei kurdischen Frauen gewidmet war.

Atesh: http://atesh.blogsport.eu/ Lokaberichte HH ■

CSD nun doch ohne ProKöln

Der größte Teil der Kölner Schwulen- und Lesbenszene dürfte erleichtert aufatmen: Ein CSD-Auftritt der rassistischen und homophoben Pro-Gruppierung bleibt ihnen nun doch erspart.

Nachdem der KLuST (Kölner Lesben- und Schwulentag) beschlossen hatte, Pro Köln von der Parade auszuschließen, überschlugen sich die Ereignisse förmlich:

Der KLuST meldete die CSD-Parade kurzerhand ab, um sie wieder neu anzumelden – allerdings mit einem veränderten Demonstrationsaufruf, der die Teilnahme von rechten Gruppierungen wie Pro Köln (aber auch von anderen) deutlich erschweren soll. Die nun am selben Datum, also am 7. Juli, stattfindende „CSD-Parade für Vielfalt" soll sich neben dem Hauptmotto auch explizit gegen Rassismus, Rechtspopulismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus richten.

„Wir brauchen keine rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Gruppierungen im Kampf gegen Homo- und Transphobie und führen mit ihnen keinen Dialog auf Augenhöhe. Denn sie gehören nicht zum normalen Bestandteil der politischen Meinungsvielfalt. Menschenverachtung ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen", erklärt dazu Ina Wolf aus dem KLuST-Vorstand.

Etwa gleichzeitig zog Pro Köln seine Anmeldung für den CSD zurück. In altbekannter Manier stilisieren sich die Hetzer zu den Opfern einer vermeintlichen Ausgrenzung, die keine „ Ausrede für linke Krawallmacher" sein wollten. Nichts Neues also in der Markmannsgasse. Für Kontroversen sorgt unterdes ein Interview, das Markus Danuser, seines Zeichens Ex-KLuST-Vorstand, mit dem Pro-Köln-Mitglied Michael Gabel im rik geführt hat, einem bekannten Szenemagazin. Gabel dürfte einigen noch durch seinen hasserfüllten und niveaulosen Auftritt bei der Pro-Köln-Kundgebung vor dem Flüchtlingsheim in Köln-Zollstock in Erinnerung sein. Besonders pikant ist dieses Interview deshalb, weil es angeblich mit dafür verantwortlich gewesen sei, dass Pro Köln seine Anmeldung zurückgezogen habe. Dennoch war der KLuST alles andere als begeistert davon, dass der rassistischen Gruppierung so eine große Plattform geboten wurde, und distanzierte sich. Das Interview ist mittlerweile von der Homepage des entsprechenden Magazins genommen worden, findet sich aber weiterhin als pdf-Datei auf der Homepage von Pro Köln (Stand: 17.06.).

Beratung für Betroffene der NSU-Anschläge in Köln

glauben lieben handeln

Beratung für Betroffene
der rechtsextremen Anschläge
in Köln

Köln´deki aşırı sağcı
saldırılardan etkilenenler
için danışmanlık hizmeti

Agahdarî ji bo ew kesîn
di bin êrîşên nîjadperestan
de li Kölnê xedirlêbûyî

Diakonie
Köln und Region

Köln bietet den Opfern der rechtsextremen NSU-Anschläge in der Keupstraße und der Probsteigasse ein zusätzliches aufsuchendes Beratungsangebot an. Wenn auch sehr, sehr spät, ist dies trotzdem eine wichtige öffentliche Reaktion auf die Anschläge in den Jahren 2000 und 2004 und den dann folgenden Verdächtigungen gegen die Menschen in der Keupstraße.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Kölner Oberbürgermeister, der Direktorin des Landschaftsverbandes, zwei Stadtratsmitgliedern und der evangelischen Kirche bzw. der Diakonie am 20. Juni wurde das Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt.

Entstanden war die Idee einer zusätzlichen Beratung auf einer Veranstaltung der Interessengemeinschaft Keupstraße im September 2012. Heike Kleffner berichtete über ihre Erfahrungen mit der mobilen Beratung für Opfer von rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt. Noch heute bringt sie ihre Fachkompetenz als Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten und Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses Petra Pau ein. Die auf der Veranstaltung anwesenden Stadtratsmitglieder Dr. Walter Schulz (SPD) und Jörg Detjen (Die Linke) griffen die Vorschläge auf und haben dann parteiübergreifend ein Jahr lang an dem Thema gearbeitet.

Die Grundüberlegung war: Nach dem Anschlag in der Keupstraße im Jahre 2004 wurden die Täter nicht im rechtsextremen Milieu, sondern unter den Bewohnern der Keupstraße und in ihrem familiären Umfeld gesucht. Diese Verdächtigungen wurden noch dadurch bestärkt, dass der damaligen Bundesinnenminister Schily einen rechtsextremistischen Anschlag ausschloss und der NRW-Innenminister diesen Kurs mittrug. Viele Opfer wurde mehrfach verhört, bespitzelt und wie Täter behandelt. Dies führte zu gegenseitigen Verdächtigungen und setzte über Jahre eine Welle von Verunsicherungen in Gang, die auch in der familiären Umgebung der Opfer zu Traumatisierungen führte. Als 2011 die Täterschaft des NSU offenbar wurde, atmeten diese Menschen einmal durch. Es blieben aber Ängste bestehen: Gab es weitere rechtsextreme Helfer? Warum haben die staatlichen Behörden so lang falsch ermittelt? War das Absicht?

Der Landschaftsverband Rheinland, der für die Opferentschädigung (OEG) zuständig ist, stellt dazu fest: „Insgesamt berichteten Betroffene im Rahmen des OEG-Verfahrens, dass sie durch die erneute Konfrontation mit dem Tatgeschehen und der Gewissheit des rechtsextremistischen Hintergrundes erneut stark traumatisiert wurden.“[1]

In der Keupstraße wurden 2004 unmittelbar 22 Opfer registriert. Ein Opfer hat sich inzwischen das Leben genommen. In 14 Fällen haben Opfer des Bombenanschlags in der Keupstraße Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz erhalten. Zwei Personen haben wegen der Schwere ihrer Verletzungen eine Rente erhalten, „für acht Opfer wurden vorübergehend Kosten der Heilbehandlung übernommen.“ Nachdem bekannt wurde, dass der NSU die Anschläge verübt habe, wurde in zwei Fällen ein Verschlimmerungsantrag gestellt. Aber womöglich haben sich nicht alle Betroffenen überhaupt gemeldet.

Aus diesen Angaben wird deutlich, dass die Opferentschädigung noch lange nicht abgeschlossen ist und dass ein aufsuchendes Beratungsangebot dringend erforderlich ist.

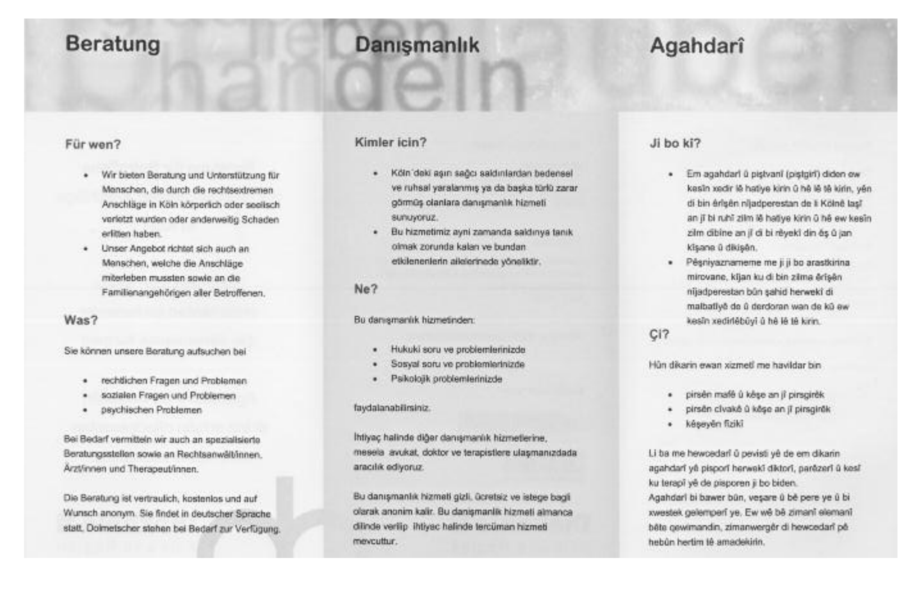
Bei den Entwicklung des Konzeptes wurde sehr intensiv darüber diskutiert, wer die Opferberatung durchführt. Alle waren sich einig, es dürfen keine staatlichen Stellen sein. Das heißt, Stadt und Landschaftsverband wurden ausgeschlossen. Die Opferberatung Rheinland war überfordert. So verständigte man sich auf die Diakonie, die in Köln seit vielen Jahren große Erfahrung bei der Beratung von illegalen und traumatisierten Flüchtlingen hat. Helga Blümel, die Geschäftsführerin der Diakonie, erklärte auf Nachfrage auf dem Pressekonferenz, dass man über die Anstellung eines Migranten nachgedacht, dies aber verworfen habe:

„‚Wir wollten uns nicht auf Glatteis begeben.‘ Mit der Auswahl – ob Kurde oder Türke, Mann oder Frau, sunnitische, alevitische oder andere religiöse Ausrichtungen – hätte der Träger eine Vorentscheidung getroffen, wen er in der türkischen Communitiy ansprechen wolle.“ [2]

Die Opferberatung ist jetzt zunächst auf ein halbes Jahr begrenzt. Dann wird man weiter sehen. Die Kosten tragen die Stadt Köln und der Landschaftsverband. Empörend ist, dass die NRW-Landesregierung vorerst eine Beteilung an den Kosten abgelehnt hat.

Die beiden Stadtratsmitglieder betonten auf der Pressekonferenz: „Wir können nur versuchen, das Leid der Opfer zu mildern. Für traumatisierte Menschen ist es nicht nur wichtig, das ihnen solidarisch geholfen wird, sondern auch, dass sie ihn ihrem Leid öffentlich gewürdigt werden.“[3]

Jörg Detjen ■



Beratung

Für wen?

- Wir bieten Beratung und Unterstützung für Menschen, die durch die rechtsextremen Anschläge in Köln körperlich oder seelisch verletzt wurden oder anderweitig Schaden erlitten haben.
- Unser Angebot richtet sich auch an Menschen, welche die Anschläge miterleben mussten sowie an die Familienangehörigen aller Betroffenen.

Was?

Sie können unsere Beratung aufsuchen bei

- rechtlichen Fragen und Problemen
- sozialen Fragen und Problemen
- psychischen Problemen

Bei Bedarf vermitteln wir auch an spezialisierte Beratungsstellen sowie an Rechtsanwält/innen, Ärzt/innen und Therapeut/innen.

Die Beratung ist vertraulich, kostenlos und auf Wunsch anonym. Sie findet in deutscher Sprache statt. Dolmetscher stehen bei Bedarf zur Verfügung.

Danışmanlık

Kimler icin?

- Köln´deki aşırı sağcı saldırılardan bedensel ve ruhsal yaralanmış ya da başka türlü zarar görmüş olanlara danışmanlık hizmeti sunuyoruz.
- Bu hizmetimiz ayni zamanda saldırıya tanık olmak zorunda kalan ve bundan etkilenenlerin ailelerinede yöneliktir.

Ne?

Bu danışmanlık hizmetinden:

- Hukuki soru ve problemlerinizde
- Sosyal soru ve problemlerinizde
- Psikolojik problemlerinizde

faydalanabilirsiniz.

İhtiyaç halinde diğer danışmanlık hizmetlerine, mesela avukat, doktor ve terapistlere ulaşmanızdada aracılık ediyoruz.

Bu danışmanlık hizmeti gizli, ücretsiz ve istege bagli olarak anonim kalir. Bu danışmanlik hizmeti almanca dilinde verilip ihtiyac halinde tercüman hizmeti mevcuttur.

Agahdarî

Ji bo ki?

- Em agahdarî û piştvanî (piştgirî) didin ew kesîn xedir lê hatiye kirin û hê lê tê kirin, yên di bin êrîşên nîjadperestan de li Kölnê laşî an jî bi ruhî zilm lê hatiye kirin û hê ew kesîn zilm dibine an jî di bi rêyekî din êş û jan kişane û dikişên.
- Pêşniyazname me ji ji bo arastkirina mirovane, kîjan ku di bin zilma êrîşên nîjadperestan bûn şahid herwekî di malbatiyê de û derdoran wan de kû ew kesîn xedirlêbûyî û hê lê tê kirin.

Çi?

Hûn dikarin ewan xizmetî me havîdar bin

- pirsên mafê û kêşe an jî pirsgirêk
- pirsên civakê û kêşe an jî pirsgirêk
- kêşeyên fizîkî

Li ba me hewcedarî û pevistî yê de em dikarin agahdarî yê pisporî herwekî diktorî, parêzerî û kesî ku terapî yê de pisporen ji bo biden.
Agahdarî bi bawer bûn, veşare û bê pere ye û bi xwestek gelemperî ye. Ew wê bê zimanî elemanî bête qewimandin, zimanwergêr di hewcedarî pê hebûn hertim lê amadekirin.

Quellen:

1 Anfrage 13/46 der LINKEN in der Landschaftsversammlung Rheinland und die Antwort der Verwaltung

2 Neues Deutschland vom 22. Juni. Artikel von Anja Krüger, Keupstraße erhält Anti-Rechts-Beratungsstelle

3 Presseerklärung der Stadt Köln vom 20.6. „Beratung für Betroffene rechtsextremer Anschläge in Köln“

Müsste man ein Resümee aus der Geschichte ziehen, so liegt sicherlich der Gedanke nahe, dass die braune Truppe wieder einmal das bekommen hat, was sie wollte: Aufmerksamkeit und Medieninteresse. Ob sie mit dem Ergebnis allerdings allzu zufrieden sein dürften, steht in Frage. Denn – so zynisch das auch klingen mag – immerhin ist es ihnen nun auch zu verdanken, dass die Schwulen- und Lesbenszene sich in ihrer großen Mehrheit nun unmissverständlich von Rassismus und rechter Menschenfeindlichkeit distanziert. Sollte Pro Köln also insgeheim darauf gehofft haben, sich neue WählerInnen zu erschließen, so war das wohl ein Schlag ins Wasser.

Jk (Lokalberichte Köln) ■



„Auch achtzig Jahre danach bleibt das historische Datum des 30. Januar 1933 Ausgangspunkt des geschichtspolitischen Streits in Deutschland.
Ursachen und Herkunft des Faschismus sind notwendige Bestandteile jeder Erinnerungsarbeit. Wir wollen mit unserer Konferenz in diese Debatte eingreifen:
Das Gedenken an die Opfer muss mit der Erinnerung an die Täter verbunden sein. Das heißt: Benennung der Schuldigen und Nutznießer an der Errichtung der Nazi-Herrschaft in Deutschland und an der Entfesselung des Krieges. Die Erforschung der „Wurzeln des Faschismus“ muss auch nach den politischen und ideologischen Grundlagen der Massengefolgschaft faschistischer Herrschaft fragen.
Und schließlich, welchen Beitrag haben die politischen Parteien zum Weg in den NS-Staat geleistet, welche Alternativen gab es, wer stand dafür ein, woran scheiterten sie?
Es soll eine Veranstaltung sein, auf der – auch kontrovers – über die Geschichtsbilder zum Jahr 1933 diskutiert wird.
Es wirken mit: Elfriede Brüning // Prof. Heinrich Fink // Prof. Kurt Pätzold // Sven Fritz // Otto Köhler // Hannes Heer // Prof. Ludwig Elm // Dr. Alexander Bahar // Prof. Klaus Kinner // Dr. Stephan Stracke // Dr. Regina Girod // Cornelia Kerth“
Teilnahmegebühr 10 €/6 €, keine Anmeldung erforderlich, genaues Programm siehe: http://www.dasjahr1933.de/

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Bundesvereinigung www.vvn-bda.de

Auch bei den Aleviten ist Pro NRW nicht willkommen

Sie scheinen es nicht zu lernen: Am 12. Juni verkündete Pro NRW auf seiner Homepage, man habe an einer Demonstration gegen das türkische Regime teilgenommen und unterstütze die dortigen Proteste. Angeblich habe man anschließend auf dem Heumarkt einige Gespräche mit VertreterInnen der Alevitischen Gemeinde geführt und dort „viele Gemeinsamkeiten“ und „ähnliche Ansichten“ entdeckt. Ein Foto zeigt mehrere Pro-NRW- und Pro-Köln-Funktionäre hinter einem Transparent mit der Aufschrift „Erdogan go home“, anscheinend vor einer Tafel mit Bildern und Plakaten zu den Protesten und der Polizeigewalt in der Türkei.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Mit folgender Pressemitteilung distanzierte sich die Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. von den Rechten und klärte auf, wie es wirklich war:

„Die Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. (AABF) verurteilt auf das Schärfste den Versuch deutscher Rechtsextremer, die Solidaritätsaktionen von Alevitinnen und Aleviten in ganz Deutschland zur Unterstützung der türkischen Widerstandsbewegung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Die Widerstandsbewegung, die sich in der ganzen Türkei gegen die diktatorisch und zunehmend islamistische AKP-Regierung erhebt, wird von der AABF voll und ganz unterstützt.

Aus Solidarität zu den in der Türkei stattfindenden Protesten wurden schon über 60 Aktionen in ganz Deutschland von der AABF organisiert. In Köln unterhält die AABF beispielsweise seit dem Beginn der Proteste rund um die Uhr eine Mahnwache, um die Menschen hier zu informieren und den Widerstand gegen das faschistoide türkische Regime symbolisch nach Deutschland zu tragen.

Hierbei haben am vergangenen Wochenende deutsche Rechtsextreme unsere Aktion besucht und dabei Fotos geschossen. Wir haben sie energisch aufgefordert, dies zu unterlassen. Trotzdem wurden diese später als vermeintlich von uns gebilligte Solidaritätsadressen auf einschlägig bekannten Homepages veröffentlicht.

Wir als Alevitische Gemeinde Deutschland distanzieren uns von dieser Vereinnahmung unserer Aktionen. Bei der Widerstandsbewegung in der Türkei fordern die Bürgerinnen und Bürger mehr Demokratie und mehr Toleranz. Diese Forderungen unterstützen wir, denn wir sind gegen jegliche rassistisch und antidemokratisch motivierten Bewegungen, sei es in der Türkei oder in Deutschland.“



Liebe Damen und Herren von Pro NRW, mal ehrlich: „Viele Gemeinsamkeiten entdecken“ sieht doch anders aus, finden Sie nicht auch?

jk

„Schutzanspruch“

Einen „Schutzanspruch“ für Neonazis, auch an Veranstaltungen teilzunehmen, bei denen sie unerwünscht sind, proklamierte die Einsatzleitung der Polizei im südhessischen Bruchköbel bei Hanau. Das Verwaltungsgericht in Frankfurt am Main erklärte dies für rechtens. In der Vergangenheit hatten Neonazis immer wieder versucht, am Ostermarsch teilzunehmen. In diesem Jahr riefen DGB und Ostermarsch-Veranstalter zu einem „Ostermarsch ohne Nazis“ auf und erklärten Neonazis für unerwünscht. Sie forderten die Polizei auf, diesen Anspruch gegebenenfalls polizeilich zu unterstützen. Die Polizeieinsatzleitung lehnte das ab. Auch „ Teilnehmer“ (wie die Neonazis von der Einsatzleitung verharmlosend genannt wurden), „die ein anderes, ggf. völlig opponierendes Meinungsbild zum Versammlungsziel haben, sind zu einer Versammlung zuzulassen und genießen den aus der Versammlungsfreiheit unmittelbar folgenden Schutzanspruch.“ So wörtlich die Einsatzleiterin. Nachdem Nazigegner daraufhin dafür mobilisierten, durch verstärkte Teilnahme die Neonazis selbst an der unerwünschten Teilnahme zu hindern, blieben diese in diesem Jahr dem Ostermarsch fern.

VVN-BdA ■

Hamburger Anmelder von Nazi-Aufmarsch verurteilt

Neues von der Hamburger NPD

Der Angeklagte kam in szene-typischer Kleidung: Springerstiefel und Pullover der Nazimarke „Erik and Sons“. Thorsten Schuster stand am Mittwoch wegen Volksverhetzung vor dem Amtsgericht Altona. Er ist seit Jahren für die NPD tätig, zuletzt im Landesvorstand und war auch Anmelder des Naziaufmarsches „Tag der Deutschen Zukunft“ am 2. Juni 2012. Nebenbei betreibt er eigene Nazi-Blogs mit wechselnden Namen. In dem Bericht „Das Lager Auschwitz-Birkenau in den Augen eines ausgezehrten Landsers“, den er zum Auschwitzgedenktag am 27. Januar 2012 auf seinen Blog stellte wurde von ihm der Holocaust geleugnet: In Auschwitz wäre es den Häftlingen besser ergangen als den deutschen Soldaten bei ihrem täglichen Einsatz an der Ostfront. In dem Vernichtungslager hätte es keine Vergasungen, keinen Massenmord gegeben, sondern geradezu paradisisches Zustände mit gutem Essen, Care-Paketen, amerikanischen Zigaretten und lustigem Zeitvertreib. Das Bildmaterial, das die Zustände in dem KZ gegen Kriegsende zeigte, sei von Regisseur Alfred Hitchcock mit Statisten inszeniert worden. Der Richter machte sich das Plädoyer des Staatsanwaltes zu eigen, welcher in dem Beitrag eine „üble Leugung des Holocaust“ sah und verurteilte Schuster zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen nach § 130, Abs. 3 (Volksverhetzung). Vertreten wurde Schuster vom Nazi-Anwalt Wolfram Narath. Dieser entstammt der 1994 verbotenen Wiking-Jugend, einer Art Hitler-Jugend in Westdeutschland der Nachkriegszeit, und ist heute ebenfalls für die NPD tätig. Bei diesem Prozesstag war Narath allerdings ebenso abwesend, wie Gleichgesinnte von Schuster. Soweit zur Kameradschaft. Gegen das Urteil kann noch Revision eingelegt werden.

Antisemit bei Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Nationalrevolutionär, NPD-Freund und radikale Antisemit Reinhold Oberlercher aus Hamburg-Dulsberg, ein langjähriger Gefolgsmann der NPD, referierte am 4. Mai bei einem Marx-Seminar „Krisen-Kapitalismus abwickeln. Kritik der globalen Ökonomie – zwischen nationaler Realität und kosmopolitischer Realität“ in Trier bei der NPD. Von Marx sei nur das systematische Denken interessant, nur das Kapital Band I sei entscheidend, war die verblüffende These Oberlerchers. Das NPD-Seminar mit 20 Nazis fand in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Trier statt – da hatten die Sozialdemokraten, respektive der Verfassungsschutz, wohl nicht aufgepasst. Oberlercher wird allerdings regelmäßig in den Berichten des Inlandsgeheimdiensts erwähnt.

Die Hamburger NPD vor der Bundestagswahl

Nazianwalt Wolfram Narath war auch schon am 23. März 2013 bei einer größeren Veranstaltung der Hamburger NPD, als u. a. die Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt wurde. Gastredner Naraths Bekenntnis zu Antiliberalismus, Intoleranz und Führertum dort war eindeutig. „Die Parole Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ist eine Idee, die viel Leid und Verderben über die Menschen gebracht hat“, war seine Erkenntnis.

Als Spitzenkandidat wurde bei der Versammlung der mehrfach vorbestrafte Thomas Wulff, gleichzeitig Landes-Vize aufgestellt. Er wurde zuletzt im Juni 2012 wegen Körperverletzung und Beleidigung verurteilt. Zwei weitere NPD-Kandidaten sind Heinz-Helmut Dörlitz, für den Wahlkreis Nord und Helmut Saß für den Wahlkreis Wandsbek. Dörlitz war 2008 Beisitzer der inzwischen aufgelösten DVU und gehörte zu den regelmäßigen Besuchern der Naziaufmärsche auf dem Ohlsdorfer Friedhof. Helmut Saß ist langjähriges NPD-Mitglied kandidierte schon 1997 für die Partei zur Bürgerschaft. Die übrigen Kandidat_innen sind bisher nicht bekannt. Beim Bundesparteitag der NPD am 20. April (Hitler-Geburtstag) wurde der ehemalige Hamburger Matthias Faust, welcher sich noch häufig in Norddeutschland aufhält als Mitglied im Bundesvorstand bestätigt. Faust ist außerdem weiterhin Redaktionsmitglied der Parteizeitung „Deutsche Stimme“. Zuletzt wollte Faust am 23. März an einer rassistischen Kundgebung in Hamburg-Horn teilnehmen.

Entgegen dem allgemeinen Trend ist der Hamburger Landesverband relativ stabil. Weder die Finanzkrise der Bundespartei, noch die Verbotsdiskussion oder Konkurrenz-Projekte, wie die neue Partei „Die Rechte“ des Ex-Hamburgers Christian Worch, führten bisher größeren Mitgliederverlusten. Die Hamburger NPD wird weiterhin vom neonazistischen Flügel um Wulff, Torben Klebe und Jan-Steffen Holthusen angeführt. Alle stammen ursprünglich aus mittlerweile verbotenen Organisationen.

Von der Öffentlichkeit unbemerkt finden regelmäßig Vortragsveranstaltungen an geheim gehaltenen Orten statt. Auch die NPD-Zeitung „Klartext Hamburg“ oder andere Propaganda wird in einigen Bezirken regelmäßig verteilt. Dies ist weniger spektakulär, aber auch ungestörter als Infostände, welche die Partei kaum noch macht. Propagandistische Schwerpunkt im „Klartext Hamburg“, oder auf der Homepage sind unverhohlener Rassismus „Asylantenschwemme in Hamburg“ bis hin zur Aufforderung Abgeordnete der Hamburger Bürgerschaft aufgrund ihres Migrationshintergrunds abzuschieben. Die Gerierung als angeblich basisdemokratische Kümmererpartei „Ja beim Volksentscheid – Rückkauf der Versorgungsnetze“, Agitation gegen die EU und den Euro und der Versuch den Arbeitskampf bei der Firma Neupack mit „Nationale Solidarität mit den Streikenden bei Neupack“ rassistisch zu spalten; sind weitere Themen.

Im anstehenden Bundestagswahlkampf wird mit öffentlichen Aktionen der Partei auch in Hamburg wahrscheinlich zu rechnen sein. Laut internen Unterlagen des Bundesvorstandes sollen bundesweit fünf Aktionstage stattfinden, pro Monat sollen dann pro Kreisverband (in Hamburg fünf) weitere Aktionstage stattfinden und das NPD-Wahlkampfmobil „Flaggschiff“ soll ebenfalls wieder bundesweit ab dem 10. August auf Tour gehen.

Felix Krebs ■

Nach dem Tod von Clément Méric und Schlägerattacken am Wochenende:

Die Schlinge um die Nazigruppierung ‚Troisième Voie' zieht sich enger. Die antifaschistischen Demos vom 22./23. Juni liefern dagegen eine eher ernüchternde Bilanz

Wie an diesem Montag Mittag, 24. Juni bekannt wurde, erfolgten im südwestfranzösischen Agen sieben Festnahmen von Jungnazis, die im Milieu der gewaltbereiten Gruppierung Troisième Voie (‚Dritter Weg') angesiedelt sind. Die sieben Jungmänner im Alter zwischen 22 und 35 Jahren, einige von ihnen Naziskinds, sind zum Teil „polizeibekannt". Ihnen wird vorgeworfen, in der Nacht vom Samstag zum Sonntag in Agen einen 25- und einen 33jährigen attackiert zu haben. Der jüngere von beiden wurde, aufgrund seiner nordafrikanischen Herkunft, rassistisch beschimpft. Die beiden Opfer befanden sich auf dem Nachhauseweg von dem seit Jahren in Agen stattfindenden linksalternativen Rockfestival La Prairie. Beide trugen Gesichtsverletzungen davon, eines der beiden Opfer wurde für zwei Wochen krankgeschrieben.

Dadurch dürfte sich die Schlinge der Verbotsdrohung, die aktuell Gruppierungen wie insbesondere ‚Troisième Voie' ins Haus steht, enger zuziehen. Diese Kleinpartei mit geschätzten rund 500 Mitgliedern, die über einen schlagenden Arme von rund dreißig Personen unter dem Namen Jeunesses nationalistes révolutionnaires (JNR, „Revolutionäre nationalistische Jugend") verfügt – ihm gehörte mutmaßlich auch der Urheber der tödlichen Schläge gegen den Antifaschisten Clément Méric an, vgl. vorige Ausgabe der AN -, wird durch Serge Ayoub angeführt.

Serge Ayoub

Serge Ayoub ist der unumschränkte Chef einer Unterströmung der extremen Rechten, doch er nimmt auch des Öfteren an fraktionsübergreifenden rechten Mobilisierungen teil. Beispielsweise an der Jeanne d'Arc-Demonstration am 12. Mai dieses Jahres in Paris. Bei Letzterer handelt es sich nicht um den jährlichen Aufmarsch des Front National für Jeanne d'Arc – er findet immer am 1. Mai statt –, sondern um die alternativ dazu stattfindende Hardliner-Demonstration des offen gewaltbereiten Spektrums.

In einem anderen Teil der extremen Rechten wird er allerdings wahlweise als „Türke", „Syrer" oder im Falle der radikalfaschistischen Splittergruppe L'Oeuvre française auch als „Jude" bezeichnet. Nichts davon ist wahr. Sein Großvater mütterlicherseits war jedoch christlicher Libanese, und kam damit aus einer Bevölkerungsgruppe, die bei französischen Nationalisten stets beliebt war. (Frankreich war vom Ausgang des Erstens Weltkriegs bis 1943 „Protektoratsmacht" im Auftrag des Völkerbunds für den Libanon, und verstand sich u.a. als eine Art Schutzmacht der maronitischen Christen – die maronitische Bourgeoisie stellt eine traditionelle Oberschicht – gegen eine muslimische Mehrheit. Viele französische Rechtsextreme kämpften in den 1970er und 1980er Jahren in den Reihen der libanesischen „Falangisten" im Bürgerkrieg gegen arabische Linke, PalästinenserInnen und schiitische Gruppierungen. Die „Falangisten" sind u.a. für das Massaker von Sabra und Schatila im September 1982 verantwortlich.) Allerdings war Ayoub in seiner Selbstdarstellung auch nicht immer sehr deutlich, was die Herkunft dieses Teils seiner Familie betrifft – was auch daran liegen könnte, dass der Libanon zur Zeit der Geburt seines Großvaters als Staat nicht, sondern war Bestandteil des Osmanischen Reichs und dessen Provinz „Syrien".

Serge Ayoub wuchs in Frankreich in eher behüteten Verhältnissen auf, seine Mutter war Richterin. Doch infolge einer Sprachreise mit seiner Schulklasse nach England, als 17jähriger im Jahr 1978, zeigte er sich von der dortigen Skinheadbewegung fasziniert. In jungen Jahren begann er dennoch in Frankreich bei der Sozialdemokratie aktiv zu werden, wandte sich jedoch angewidert ab, nachdem diese 1981 die Regierung übernommen hatte und – im Namen der „Realpolitik" und systemimmanenter Zwänge – „die Arbeiter verriet", wie er es wahrnahm. Er bemühte sich um einen möglichst „proletarischen" Diskurs und zog damit Jungmänner an, die er rund um sich zu organisieren begann. Seinen Spitznamen „Batskin" erhielt er von seiner Vorliebe für den Einsatz von Baseballschlägern (französisch batte de baseball). Aufmerksamkeit erregte er vor allem in der

zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Seine Karriere als Skinheadführer bekam jedoch einen Knick, als im Juni 1990 sein bisheriger „rechter Arm“ Régis Kerhuel (damals 25) und ein 22jähriger Kumpan namens Joël Giraud –an einem Strand in der Nähe von Le Havre –einen von der Insel Mauritius stammenden jungen Mann nach einem Besäufnis barbarisch ermordeten: Sie zwangen ihn, ein Gemisch aus Bier und Motorreinigungsmittel zu trinken, und warfen ihn ins Meer. Ihr Opfer, der 24jährige James Dindoyal, verstarb nach 15 Tagen qualvoll im Krankenhaus. Kerhuel und Giraud wurden im Oktober 2000 in Rouen zu je über zwanzigjährigen Haftstrafen verurteilt. Beim Prozess sollte Ayoub damals Kerhuel ein Alibi liefern, doch dementierte, dass – wie seine frühere „rechte Hand“ behauptet hatte – dieser den Abend bei ihm verbracht hatte. „An dem Abend befand ich mich im Flugzeug nach Japan“, sagte er aus, auch wenn diese Aussage ihrerseits unbewiesen blieb.

In den darauffolgenden Jahren hielt Ayoub sich aus seinen bisherigen Aktivitäten heraus und versuchte sich in diversen Geschäften: Als Hell Angels-Anführer und Motorradrocker, Casinobetreiber, Regisseur von Pornofilmen und im Import-Export-Geschäft. Zeitweilig war er in El Salvador, Osteuropa – die Angaben schwanken zwischen Litauen, der Ukraine und Russland – sowie Japan tätig. Wegen Handels mit Aufputschpillen wurde er zu acht Monaten Haft verurteilt, und er lebte mit der Pornoschauspielerin „Tabatha Cash“ zusammen. Erst Ende der 2000er Jahre stieg er wieder offensiv in die Aktivitäten der extremen Rechten ein. Im Jahr 2007 eröffnete er Le Local, zusammen mit dem „rot-braunen“ antisemitischen Schriftsteller Alain Soral. Später verstieß Ayoub jedoch Soral, den auch viele extreme Rechte als Ekelpaket und unerträglichen Egomanen betrachten, und betrieb den Veranstaltungsort allein weiter. Zugleich reaktivierte er zwischen 2008 und 2010 die Gruppierungen Troisième Voie und JNR, über die er die alleinige Kontrolle übernahm.

Es ist umstritten, inwiefern Ayoub tatsächlich voll in der von ihm propagierten Ideologie aufgeht, oder diese eher als zynischer Machtpolitiker einsetzt, um eine ihm untergebene Gruppierung herumkommandieren zu können. Es ist letztendlich auch egal. Brisanter ist, dass offenkundig externe Kreise in ihm bislang eher einen positiven Kontrollfaktor sahen, mit dem Argument, ein solcher Anführer an der Spitze halte ein ansonsten unberechenbares Gewaltpotenzial bei der Stange und kanalisiere seine Energien. Eine solche Sichtweise war offensichtlich in Strukturen der französischen politischen Polizei anzutreffen – ein aus dieser Ecke „gefütterter“ Artikel in der Gratistageszeitung 20 minutes vom 11. Juni d.J. spricht in der Überschrift von einem „Skin, der für das System nützlich war“, deutsche V-Mann-Skandale lassen grüßen -, aber wird auch von Marine Le Pen verfochten. In dem ihr gewidmeten Buch der JournalistInnen Caroline Monnot und Abel Mestre erklärt die Chefin des FN etwa, ein Abendessen mit Serge Ayoub habe ihr gezeigt, dass der Mann nicht dumm sei, und sie wisse eine solche Szene „lieber unter der Kontrolle von Leuten wie ihm, wie von Anderen. Er ist eher in der Lage, dieses Milieu zu kanalisieren, das es immer geben wird.“

Nur stimmt die Behauptung, ein Anführer wie Ayoub „kanalisiere“ das Gewaltpotenzial, nicht einmal. Der Totschlag, den Esteban Morillo beging, jedenfalls spricht gegen diese These. Morillo stand Serge Ayoub nahe und wurde zuletzt bei der Demonstration am 12.05.2013 in seiner unmittelbaren Nähe stehend fotografiert. Ayoub wurde deswegen auch die Ermittler vernommen, gegen ihn wurde jedoch bislang kein Strafverfahren eingeleitet, da er mit der Tat selbst nicht unmittelbar zu tun hatte.

Und der Front National?

Hingegen scheint der Front National als solcher bislang relativ „fein raus“: Die Partei betonte mehrfach durch den Mund seiner Chefin Marine Le Pen und der beiden Vizechefs Louis Aliot und Florian Phlippot, mit Gruppen wie jener der Schläger vom 05. Juni „nichts zu tun“ zu haben.

Inzwischen hat diese Selbstdarstellung allerdings begonnen, Risse aufzuweisen. Französische Medien erinnern etwa u.a. daran, dass Marine Le Pen im August 2010 mit Serge Ayoub speiste. Schon im Jahr 2008 hatte die damals noch subalterne FN-Politikerin in den Räumen des Local von Ayoub an einer Unterstützungsveranstaltung für eine rechtsextreme Internetpublikation, die Webseite F de Souche, teilgenommen.

Im April 2012 hatte Ayoub ferner zur Stimmabgabe für Marine Le Pen bei der Präsidentschaftswahl aufgerufen, nachdem er 2011 festgestellt hatte, Le Pen habe dankenswerterweise „einen sozialen Diskurs, der dem unseren ähnelt“ übernommen. Und im Juni desselben Jahres wurden „Batskin“ und seine Schlägertruppen auf Marktplätzen in Hénin-Beaumont gesichtet. In jener nordostfranzösischen früheren Bergarbeiterstadt kandidierte Marine Le Pen 2012 um wiederholten Mal zu den Parlamentssitz, und verfehlte dabei den Parlamentsitz (mit 49,89 % im Wahlkreis) bei diesem Mal nur knapp. Da auch der Linkspolitiker und vormalige Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon sich denselben Wahlkreis ausgesucht hatte – wo er jedoch abgeschlagen auf dem dritten Platz landete -, war der Wahlkampf dieses Mal zeitweilig stark angespannt. Ayoub und seine Mannen wurden offensichtlich zur Verstärkung herangezogen.

Antifaschistische Mobilisierungen

Infolge des Todes von Clément Méric fanden in kürzester Zeit Protestdemonstrationen statt. Am Donnerstag Abend (06.06.13), wenige Stunden nach dem Tod Clément Mérics, fanden in ganz Frankreich Demonstrationen in sechzig Städten mit, inklusive Paris, insgesamt circa 15 000 Teilnehmern statt.

Am Samstag und Sonntag, den 22./23. Juni 13 wurde in ganz Frankreich ein antifaschistischer Aktionstag mit Demonstrationen angesetzt. Ein erstes Bündnistreffen dazu fand etwa in Paris am Montag, den 10. Juni statt.

Die Bilanz ist allerdings relativ ernüchternd: In Paris und auch auf überregionaler Ebene gelang es nicht, das unterstützende Spektrum wesentlich zu verbreitern. Am Sonntag Nachmittag demonstrierten in der französischen Hauptstadt rund 6.000 Menschen (lt. polizeilichen Angaben, die in diesem Falle nicht übertrieben, sondern eher noch höflich sein dürften). Trotz der Anwesenheit von Delegationen aus Linkspartei und französischer KP, NPA (Neue Antikapitalistische Partei), Gewerkschaften (Solidaires und ein bisschen CGT) kann von einer massenhaften Mobilisierung aus diesen Spektren nicht gesprochen werden. Die autonome Bewegung hatte dagegen ihrerseits massiv mobilisiert, u.a. auch aus Köln, aus der Tschechischen Republik oder aus Spanien.

Geprägt wurde die Demo hingegen stark von einem subkulturell-linksradikalen, im weiteren Sinne anarchistischen Spektrum, das den Protestzug eröffnete und ihm optisch und akustisch eine starke Prägung durch die eigene Folklore und Rituale (Schwarzkittel-Outfit, Teilvermummung, unzählige Böllerschüsse) verlieh. Bis dahin: „OK“, auch wenn es nicht jedermanns oder jederfrau Sache ist. Wesentlich negativer zu Buche schlägt, dass einige sich vielleicht besonders rrrradikal wähnende Personen (oder besonders dumme Individuen) unbedingt glaubten, den Kampf gegen den Faschismus durch Glasbruch nicht nur bei Banken, sondern auch die Zerstörung von mindestens einem halben Dutzend Bushalte-Unterständen und Scheibenbruch bei zwei Postämtern vorantreiben zu können. Das Treiben dieser Vollidioten veranlasste einige Personen im hinteren Teil der Demo, diese schon frühzeitig zu verlassen. Und die abgrundtiefe Dummheit mancher Parolen, die aus diesem Spektrum weithin sichtbar geschmiert wurden („Ein toter Bulle ist ein guter Bulle“, oder auch: „ Bullen Schweine Mörder“ mit zwei Rechtschreibfehler in drei Worten) braucht nicht mehr speziell kommentiert zu werden.

Die Zugehörigkeit des Opfers Clément Méric zu einem linksradikal-subkulturellen, anarchistischen und veganen Milieu hatte im Vorfeld der Bündnisgespräche dafür gesorgt, dass die entsprechende Szene glaubte, ihre Essentials der gesamten Demonstration als verpflichtend aufdrängen zu können. Bei dem Bündnistreffen wurde von bestimmter Seite entsprechend argumentiert: Wir sind „die Freundinnen und Freunde“ von Clément, deswegen haben allein wir

Wahlkreis von Ex-Finanzminister Jérôme Cahuzac: 46 % für den FN

Mit erheblicher Spannung blickte ganz Frankreich an den vergangenen beiden Sonntagen, 16. und 23. Juni 2013, auf den Wahlkreis von Villeneuve-sur-Lot im Südwesten des Landes. Dort fand eine Nachwahl (französisch „Teilwahl“, élection partielle) für einen einzelnen freigewordenen Parlamentssitz in der Pariser Nationalversammlung statt. Ihn hatte im April dieses Jahres der (rechts)sozialdemokratische Ex-Finanzminister Jérôme Cahuzac räumen müssen, –nachdem sein Eingeständnis, entgegen zuvor Monate lang verbreiteten Lügen doch ein illegales Konto in der Schweiz besessen zu haben, zu seinem Rücktritt geführt hatte. Entsprechend aufgeheizt war das politische Klima vor Ort. Die Sozialdemokratie rauschte, wie von vielen erwartet, schon durch den ersten Wahlgang durch und erhielt nicht genügend Stimmen, um in die Stichwahl einziehen zu können. (Dazu sind 12,5 % der Stimmen der eingeschriebenen Wähler/innen erforderlich. Mit 23 % der abgegebenen Stimmen, doch bei einer Stimmenthaltung von gut 54 %, fiel der sozialdemokratische Kandidat Bernard Barral deswegen durch.)

Die Stichwahl trugen deswegen der Kandidat der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP, Jean-Louis Costes, und der erst knapp 24jährige Kandidat des rechtsextremen FN – Etienne Bousquet-Cassagne – unter sich aus. Nicht wenige Beobachter/innen gingen davon aus, dass sogar der junge rechtsextreme Kandidat hohe Siegeschancen habe. Zwar rief die sozialdemokratische Parteiführung zur Stimmabgabe für die UMP auf, doch zeichnete sich ab, dass es auf Seiten von keiner der etablierten Parteien stärkere Ambitionen für eine gemeinsame Frontbildung gegen die extreme Rechte gebe. Im Endeffekt scheiterte der FN-Bewerber, doch erzielte er mit 46,24 % ein stattliches Achtungsergebnis und erhöhte sein Ergebnis aus der ersten Runde (26,04 %) beträchtlich. Viele bürgerliche Medien zitierten deswegen am Montag früh seinen Ausspruch: „Eine Wahlniederlage, doch ein ideologisch-moralischer Sieg.“ Der Front National verfehlt dabei seinen dritten Abgeordnetensitz im Pariser Parlament nur knapp.

BS, Paris ■

eine besondere Legitimität, seines Todes zu gedenken – und wenn es Euch nicht passt, wie wir es haben wollt, „dann macht Ihr Eure Sachen eben woanders“. Von manchen Teilnehmer/inne/n an den Bündnisgesprächen wurde so getan, als müsse man einen affektiven (und nicht politischen) Bezug zum Opfer haben, und wurde damit eifrig moralische Erpressung betrieben.

Zwar kam am Ende bei dem Bündnistreffen ein durchaus vernünftiger Aufruf – nach zähen und schwierigen Kompromissverhandlungen über einige Formulierungen – heraus. Doch viele eher (im weitergefassten Sinne) reformistische Organisationen, oder jedenfalls relevante Teile ihrer Führung, zogen daraus in der Folgezeit den allzu bequemen Vorwand, um eben nicht konsequent zu mobilisieren. Dies gilt für die CGT als stärksten Gewerkschaftsdachverband in Frankreich – ihr eigener Aufruf für die Demo (den Bündnisaufruf unterschrieb sie nicht) wurde volle drei Tage vor dem Sonntag erstmals bekannt -, es gilt für die „Linksfront“ aus Linkspartei und KP (auf ihrer Webseite rief sie mutig am Vortag der Demonstration erstmals zu ihr auf), und es gilt für andere Organisationen. Die Sozialdemokratie und der (rechts)sozialdemokratisch geführte zweitstärkste Gewerkschaftsdachverband in Frankreich, die CFDT, waren den Bündnisgesprächen ebenso wie der Demo von vornherein ferngeblieben.

Dabei gilt, wie eine französische Redewendung besagt, grundsätzlich: Les absents ont toujours tort. Also: „Es sind die Abwesenden, die Unrecht haben“ (vom Sinn her: weil man ihnen am leichtesten Unrecht gibt). Dies ist auch hier wahr: Unrecht haben jene, die die Ärgernisse mit sich super-radikal gebärdenden Kräften und ihren Macken – von Veganismus bis genereller Organisationsfeindlichkeit – zum Vorwand nahmen, um sich aus einer wichtigen Mobilisierung von vornherein weitgehend heraus zu halten. Anlass für die Demonstrationen war immerhin ein Toter, der auf das Konto von Faschisten ging! Es belegt, dass Antifaschismus derzeit (in „Krisenzeiten“, in einer Periode massiver politischer Desorientierung usw.) eben nicht die Priorität der stärksten Organisationen auf der französischen Linken ist. Aber es wurde ihnen durch jene Kräfte, die im Vorfeld eine dicke Röhre führten und sich in ihrem saudummen Verbalradikalismus gefielen, auch gar zu leicht gemacht.

Nach der antisemitischen Schändung des Friedhofs im südfranzösischen Carpentras im Mai 1990 hatten, innerhalb einer guten Woche, 200 000 Menschen zu einer Demonstration in Paris mobilisiert werden können. Dort liegt die Messlatte. Alles, was gar zu deutlich darunter bleibt – auch wenn die Zeiten wesentlich schwieriger und härter geworden sind – ist schädlich. Derzeit bleibt die antifaschistische Mobilisierung weit unterhalb des erforderlichen Niveaus.

Bernard Schmid, Paris ■

„Märtyrer“ der Bewegung gegen die Homoehe

Die fanatisierten Gegner/innen der Homosexuellenehe in Frankreich haben einen „Märtyrer“ für ihre Sache gefunden: Der 23jährige Student Nicolas Bernard-Busse (in den folgenden Zeilen: NBB) wurde vergangene Woche zu zwei Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt und im Anschluss an die Verhandlung inhaftiert worden. NBB war vor Gericht geladen worden, weil er zum zweiten Mal in Folge an einer ungenehmigten, illegalen Demonstration teilgenommen und – infolge seiner polizeilichen Ingewahrsamnahme zweck Personalienfeststellung – eine Fantasieidentität angegeben hatte. Ferner hatte er die Mitwirkung an einer Speichelprobe zwecks (gegenwärtiger oder künftiger) Identitätsfeststellung verweigert. Daraufhin hatten die Pariser Richter die zweimonatige Freiheitsstrafe über ihn verhängt.

Dass überhaupt aufgrund solcher Delikte „wider die öffentliche Ordnung“ Haftstrafen verhängt werden können (und nicht nur Geldstrafen), liegt an der „Sicherheits“gesetzgebung, die durch die regierende Rechte unter Nicolas Sarkozy v.a. in den Jahren 2007-2012 eingeführt wurde. Doch dieselbe Rechte spielt jetzt, auf heuchlerische aber öffentlichkeitswirksame Weise, die Empörten. Der auf dem rechten Flügel der UMP angesiedelte Abgeordnete Hervé Mariton will NBB in der laufenden Woche, zusammen mit weiteren Mandatsträgern, in der Haftanstalt besuchen. Unterdessen fanden am Abend des Samstag, 22. Juni in Paris (einige Hundert Teilnehmer/innen) und in Lyon mit 1500 Personen kurzfristig anberaumte Demonstrationen für die Freilassung von NBB statt.

BS, Paris ■

Marine Le Pen: Nicht länger immun?

Am 02. Juli 13 wird das Europäische Parlament über eine Aufhebung der parlamentarischen Immunität von FN-Chefin Marine Le Pen abstimmen. Der Rechtsausschuss des EP empfahl vergangene Woche mehrheitlich die Annahme eines solchen Votums. Beantragt hatte einen solchen Beschluss im Dezember 2012 die französische Justiz: Aktuell läuft gegen Marine Le Pen ein Strafverfahren, das zwei antirassistische Organisationen wegen Aussprüchen in Lyon vom 10. Dezember 2010 gegen sie anstrengten. Damals hatte sie angebliche Straßengebete von Moslems in Frankreich explizit mit der Besatzung durch NS-Deutschland verglichen.

BS, Paris ■

Asyl für afghanische Ortskräfte

Die britische Regierung hat Ende Mai verkündet, dass 600 der insgesamt rund 1200 afghanischen Übersetzer, die für die britischen Einsatzkräfte in Afghanistan gearbeitet haben, asylberechtigt seien. Sie erhalten zunächst eine fünfjährige Aufenthaltsgenehmigung und können anschließend einen unbefristeten Aufenthaltstitel beantragen. Ob Familienangehörigen ebenfalls Schutz gewährt wird, soll im Einzelfall entschieden werden. Dänemark will ein ähnliches Schutzprogramm auflegen. Die deutsche Bundesregierung lehnt es hingegen bislang ab, afghanischen Ortskräften, die für die Bundeswehr tätig waren, prinzipiell Schutzstatus zu gewähren. Ob Anspruch auf Asyl besteht, soll im Einzelfall geklärt werden. Etwa 1500 Afghanen arbeiten für deutsche Behörden, darunter 460 Übersetzer bei der Bundeswehr. Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass afghanischen Staatsangehörigen und ihren Familien, die für ausländische Einsatzkräfte und Behörden gearbeitet haben, nach deren Abzug Gefahr für Leib und Leben droht, insbesondere durch die islamistischen Taliban. (s. a. www.proasyl.de)

Quelle: http://www.migration-info.de 16.06.2013 ■

Für Zivilcourage ausgezeichnet

Am 7. Juni 2013 verlieh das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit Berlin-Brandenburg zum 20. Mal das „Band für Mut und Verständigung“ an Bürgerinnen und Bürger, die Mut und Zivilcourage gegen rassistische Gewalt bewiesen sowie sich in langjähriger ehrenamtlicher und engagierter Arbeit der interkulturellen Verständigung in Berlin oder Brandenburg gewidmet haben.

Das vom DGB mit initiierte Bündnis zeichnete in diesem Jahr den Verein „Belziger Forum e. V.“, das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung – BUG e. V. und den SV Rot-Weiß Viktoria Mitte 08 e. V. aus.

Das „Belziger Forum“ entstand Ende der 1990er Jahre, nachdem die brandenburgische Stadt Bad Belzig als „Hochburg rechter Gewalt“ in die Schlagzeilen geraten war und hat seither die Atmosphäre in der Stadt grundlegend verändert.

Das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG) unterstützt Menschen, die sich auf der Basis des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes vor Gericht gegen Diskriminierung wehren wollen.

Der 2008 gegründete Sportverein SV Rot-Weiß Viktoria Mitte bietet nicht nur Möglichkeiten, sich sportlich zu betätigen, sondern leistet einen Beitrag zur Integration, etwas durch Aktionen wie „Sport spricht alle Sprachen“.

Die Auszeichnungen wurden vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit verliehen.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2013“ ■

Wochen gegen Rassismus: Aktionen der IG BCE Nachmachen erwünscht

Die IG BCE hat Aktionen und Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus aus ihrem Organisationsbereich knapp dokumentiert und aufgelistet.

Im Hamburger Stadtteil Bergedorf informierten die Vertrauensleute der IG BCE und der Betriebsrat der Honeywell Bremsbelag GmbH in der Fußgängerzone über die Hintergründe und Anliegen der Internationalen Wochen gegen Rassismus.

Im westfälischen Ahlen hatte die BCE-Ortsgruppe gemeinsam mit dem Türkischen Elternverein eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die extreme Rechte in NRW zwischen Neonazismus und Rechtspopulismus“ veranstaltet und dabei auch gewerkschaftliche Gegenstrategien diskutiert.

Eine Delegation des IG BCE Arbeitskreises Migration/Integration Baden-Württemberg besuchte auf Einladung der Landesministerin für Integration, Bilkay Önay, den Landtag in Stuttgart. Aus Anlass der Wochen gegen Rassismus wurden Themen wie anonyme Bewerbungen oder Chancengleichheit in der Bildung diskutiert.

Das sind drei Beispiele aus einer ganzen Reihe, die zeigen, wie unterschiedlich Aktionen während der Internationalen Wochen gegen Rassismus sein können. An diesen und anderen Beispielen können sich Kolleginnen und Kollegen Anregungen holen, um im nächsten Jahr vielleicht einmal etwas anderes zu machen oder – wenn sie bislang nicht aktiv waren – sich im nächsten Jahr auch zu engagieren.

Man muss übrigens nicht Mitglied der IG BCE sein, um in der Auflistung wildern zu dürfen. Nachmachen ist ausdrücklich erwünscht, egal wo man organisiert ist.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2013“ ■

Rassismus allgegenwärtig – Solinger Brandanschlag

Die IG BAU hat den 20. Jahrestag des Brandanschlags in Solingen zum Anlass genommen, ein konsequenteres Vorgehen gegen Rechts zu fordern. Der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiesehügel sagte: „In Solingen wurden fünf Menschen von Nazis ermordet und 16 schwer verletzt. Angeblich hatte der Verfassungsschutz damals keine Ahnung von der Gewaltbereitschaft der rechten Szene. Das gleiche verhängnisvolle Muster des Verharmlosens und Wegsehens hat sich erneut in anderen Bundesländern bei der NSU-Mordserie gezeigt.“ Wiesehügel weiter: „Es ist dringend notwendig, dass sich die Politik über die Grenzen der demokratischen Parteien hinweg auf ein massives Vorgehen gegen rechts einigt und den Verfassungsschutz dazu stärker in die Pflicht nimmt.“

Das DGB Bildungswerk Bereich Migration & Qualifizierung gedachte anlässlich des Jahrestags in einer Erklärung der fünf Todesopfer und aller anderen Opfer rassistischer und rechtsextremer Gewalt in Deutschland.

Dass auch 20 Jahre nach dem Anschlag Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland immer noch allgegenwärtig sind, zeige sich nicht nur in den lange im verborgenen gebliebenen Taten der NSU, „sondern auch in alltäglichen Auseinandersetzungen und Diskriminierungen“, so das DGB Bildungswerk. „Oftmals vollziehen sich Ungleichbehandlungen im Hintergrund, sind nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Etwa, wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht die gleiche Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, Kolleginnen und Kollegen bei der betrieblichen Weiterbildung nicht berücksichtigt oder wenn Posten in Führungspositionen an ihnen vorbei besetzt werden.“

Das Bildungswerk verweist darauf, dass der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften seit Jahren gegen Rassismus und Rechtsextremismus aktiv sind und die Gleichbehandlung aller Beschäftigten unterstützen: „Wir werden auch in Zukunft die Debatte weiter anregen, denn unsere Gesellschaft ist und bleibt vielfältig. Es ist wichtig, Unterschiede wertschätzend wahrzunehmen und Gemeinsamkeiten zu stärken. Denn nur so können wir Demokratie leben.“

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2013“ ■

Tausende Flüchtlinge leben in Deutschland ohne Perspektive

BERLI Die Diakonie Deutschland begrüßt den Beschluss des Bundesrates zum Bleiberecht für gut integrierte Flüchtlinge, der am 13.06. im Bundestag beraten wird. „Tausende Flüchtlinge leben seit Jahren nur geduldet ohne Perspektive in Deutschland. Jeden Tag droht ihnen die Abschiebung. Auch dann, wenn sie sich trotz erheblicher Hindernisse wie dem

Fortsetzung Seite 11 rechts

„Lampedusa in Hamburg"

Hanseatisches Oberverwaltungsgericht macht den Weg frei für symbolisches Flüchtlingscamp



Infozelt und Dauermahnwache am Hauptbahnhof/ Steindamm (Ausgang U3) Quelle FAK

Bereits vor zwei Wochen sollte auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz ein symbolisches Flüchtlingscamp errichtet werden, um auf die katastrophale Situation der etwa 300 libyschen Flüchtlinge aufmerksam zu machen, die sich derzeit in Hamburg aufhalten. Dem stand bisher insbesondere das von der Versammlungsbehörde ausgesprochene Verbot entgegen, dass Versammlungsteilnehmer in den Zelten auch nächtigen. Dieses Verbot hat nun der vierte Senat des Hanseatischen Oberverwaltungsgerichts mit seinem Beschluss vom 12.06.2013 (Az: 4 Bs 166/13) ausgesetzt. Bereits zuvor hatte das Verwaltungsgericht die Beschränkung auf weniger als drei Zelte für rechtswidrig befunden.

„Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ist aus verfassungsrechtlicher Sicht sehr zu begrüßen, da sie entgegen dem bundesweiten Trend die im Grundgesetz verbürgte Gestaltungsfreiheit im Versammlungsrecht stärkt", kommentiert Rechtsanwalt Nils Rotermund. Immer wieder haben Gerichte es in den letzten Jahren verboten, bei Dauerversammlungen Zelte aufzustellen und diese auch als Schlafplatz zu nutzen. Oft wurden die Begründungen an den Haaren herbeigezogen. So wurde den Versammlungsteilnehmern etwa vorgeschlagen, eine Art Schichtdienst einzurichten. Die juristische Literatur bemerkte allzu spitzfindig, das Wort „Mahnwache" komme von „Wachen" und schließe es daher begriffslogisch aus, vor Ort zu schlafen. Auf derlei Begriffsklauberei hat sich das Oberverwaltungsgericht Hamburg erfreulicherweise nicht eingelassen und in der Entscheidung klar festgestellt:

„Der Gesamtcharakter der Versammlung wird durch die andauernde Mahnwache, die ‚rund um die Uhr' stattfindet, geprägt. Dieser Charakter wird nicht bereits dadurch geändert, dass einzelne Versammlungsteilnehmer sich zwischendurch ausruhen und dabei auch schlafen. Die Versammlung verliert nicht das Gesamtgepräge einer Dauermahnwache, wenn Versammlungsteilnehmer Ruhepausen einlegen, um eine effektive Meinungskundgabe gewährleisten zu können".

„Durch das symbolische Flüchtlingscamp sollen die Folgen der harten Linie des Hamburger Senats und der wesentlich auch von Deutschland geprägten Europäischen Flüchtlingspolitik, insbesondere durch das Dublin-II-Abkommen, verdeutlicht werden", so Rechtsanwältin Britta Eder. Die Flüchtlinge hatten, teils auf Grund von politischer Verfolgung und Kriegen in ihren Heimatländern, teils als Wanderarbeiter, in Libyen ein erträgliches Auskommen gefunden. Infolge des auch von der europäischen Staatengemeinschaft tatkräftig befeuerten Bürgerkriegs und der anschließenden Zunahme oft rassistisch motivierter Übergriffe mussten sie jedoch auch aus Libyen fliehen. Wie viele afrikanische Flüchtlinge erreichten sie zunächst das vor Nordafrika gelegene Lampedusa. Die italienische Insel dient seit Jahren als eine Art gesamteuropäisches Flüchtlingslager, dessen Infrastruktur vollkommen überlastet ist.

Die Flüchtlinge werden unter erbärmlichen Bedingungen teils in Baracken, teils in Zeltlagern untergebracht und haben keinerlei Perspektive. In Italien ist man erkennbar weder in der Lage noch Willens, ihnen ein einigermaßen menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Der Weg in die praktisch flüchtlingsfreien nord- und westeuropäischen Staaten ist durch das Dublin II-Abkommen versperrt. Danach ist für Asyl und humanitären Aufenthalt allein der Staat zuständig, in dem ein Drittstaatsangehöriger den Geltungsbereich des Schengener Abkommens betreten hat. Der – an den gesamteuropäischen Aufnahmekapazitäten gemessen durchaus überschaubare – Flüchtlingsstrom trifft folgerichtig allein die ohnehin krisengebeutelten Mittelmeeranrainer. Dort hat sich die Lage inzwischen derart zugespitzt, dass auch deutsche Gerichte die Abschiebung nach Italien und Griechenland bereits aus humanitären Gründen abgelehnt haben.

Nachdem die EU Anfang des Jahres ihre Unterstützungszahlungen einstellte, hat Italien unter anderem die 300 derzeit in Hamburg lebenden Flüchtlinge praktisch vor die Tür gesetzt. Wie viele der Betroffenen berichten, stellten die italienischen Behörden ihnen Aufenthaltserlaubnisse aus, verwiesen sie – teilweise unter Zwang – binnen weniger Tage aus Ihren provisorischen Flüchtlingsunterkünften und forderte sie auf „ihr Glück" in nördlichen EU-Ländern zu suchen. In Italien hätten sie keine Perspektive, weder auf Arbeit noch Unterkunft.

Etwa 300 Flüchtlinge erreichten Hamburg und kamen zunächst in den Winternotlagern für Obdachlose unter. Als diese Ende April geschlossen wurden, fanden sich die Menschen auf der Straße wieder. Der Hamburger Senat weigert sich beharrlich, eine Lösung für Betroffenen zu ermöglichen. „Dass das Flüchtlingsregime der EU offensichtlich gescheitert ist, hindert den Senat nicht daran, immer wieder zu betonen, das Gesetz lasse keine Lösung zu. Der Senat und das offenbar ebenfalls beteiligte Bundesinnenministerium ignorieren und verschweigen dabei geflissentlich, dass sowohl das deutsche Aufenthaltsgesetz als auch die Vereinbarung anderer Aufnahmekontingente auf EU-Ebene, eine legale Lösung für die Flüchtlinge ermöglicht." kommentiert Rechtsanwältin Witte-Rohde. Unter kompletter Verkennung der Situation in Italien und den Heimatländern der Betroffenen verweist Sozialsenator Scheele die Flüchtlinge darauf, dorthin zurückzufahren, wo sie arbeiten dürften und ein Aufenthaltsrecht hätten. Das sei in Italien oder auch in ihren ursprünglichen Heimatländern der Fall.

Um der Öffentlichkeit die dramatischen und menschenunwürdigen Folgen des europäischen Flüchtlingsrechts vor Augen zu führen, meldete Hartmut Obens aus der Bezirksversammlung Eimsbüttel für DIE LINKE Eimsbüttel und die KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen unter dem Tenor „Lampedusa in Hamburg – Unterkunft und Aufenthaltsstatus für die libyschen Flüchtlinge – Weg mit Dublin II" ein symbolisches Flüchtlingscamp als Dauermahnwache an. Das Camp sollte aus einer unbestimmten Anzahl von Zelten und einer Dixi-Toilette bestehen.

Die Versammlungsbehörde reagierte zunächst mit einer Verzögerungstaktik. Wenige Stunden vor dem geplanten Beginn der Mahnwache bestätigte sie statt des Zeltlagers einen einzelnen Pavillon

Petition: Lampedusa in-Hamburg

Hamburger Moratorium



Quelle FAK

In Hamburg lebt zurzeit eine Gruppe von Menschen, die vor dem Krieg in Libyen nach Italien geflüchtet waren. Sie nennen ihre Gruppe selbst „Lampedusa in Hamburg“. Italien erhielt von der EU finanzielle Mittel, um die kriegsbedingte Einreise von vielen tausend Menschen kurzfristig bewältigen zu können. Damit wurde unter anderem deren Unterbringung in „temporären Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen“ ermöglicht. Die Zahlungen der EU endeten Anfang 2013 und die „temporären Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen“ wurden geschlossen. Betroffen waren 5700 Personen, die berechtigt sind, sich in Italien aufzuhalten und dort zu arbeiten. Italien ist EU-Mitglied und damit haben die Menschen auch das Recht, sich in anderen Mitgliedstaaten der EU zu bewegen und so sind ca. 300 von ihnen zu uns gekommen.

Hamburg soll und will hier helfen:

❖ Daher akzeptiert die Stadt die Anwesenheit der Gruppe, die sich selbst „Lampedusa in Hamburg“ nennt und gewährt ihr ein Bleiberecht im Rahmen eines „Hamburger Moratoriums“ für mindestens sechs Monate;

❖ Die Zeit des Moratoriums soll genutzt werden, um auf Ebene der Innenministerkonferenz die Situation vorzutragen und gemeinsam für alle Bundesländer eine Lösung zu erarbeiten, die der spezifischen Not- und Fluchtsituation der Gruppe angemessen Rechnung trägt und dabei die Ausgangsfluchtsituation in Libyen mit berücksichtigt;

❖ Auf EU-Ebene sollen Möglichkeiten beraten werden, um die Gleichbehandlungsrechte zu daueraufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen in Bezug auf den Arbeitsmarktzugang und die soziale Sicherung zu gewähren;

❖ Jedem Mitglied der Gruppe soll verbindlich die Möglichkeit einer unabhängigen und individuellen Verfahrensberatung eingeräumt werden.

Hamburger Moratorium ist eine Initiative von

Bündnis 90/Die Grünen Hamburg, Bürgerschaftsfraktion und Landesverband HH

DIE LINKE Hamburg, Bürgerschaftsfraktion und Landesverband HH

Unterstützt von (u.a.):

Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland; Pastor Sieghard Wilm, St. Pauli Kirche; Pastor Martin Paulekuhn, St. Pauli Kirche; Peter Bremme, Fachbereichsleiter ver.di Hamburg; Rocko Schamoni, Schriftsteller, Musiker; Ted Gaier, Musiker, Theaterschaffender; Christoph Twickel, Autor, Journalist; Peter Lohmeyer, Schauspieler; Anne Harms, Leiterin von fluchtpunkt – kirchliche Hilfsstelle für Flüchtlinge; FC St.Pauli Fanclub Sprecherrat; Micha Joho, Vorsitzender des Einwohnervereins St. Georg von 1987; Isabel Artus, Vorsitzende der DGB-Jugend Hamburg; Ünal Zeran, Rechtsanwalt; Jack Kurfess, Geschäftsführender Intendant Deutsches Schauspielhaus; Amelie Deuflhard, Intendantin der Internationalen Kulturfabrik Kampnagel; Ralf Henningsmeyer, Geschäftsführer GWA St. Pauli; Rebecca Lohse, stv. Geschäftsführerin GWA St. Pauli; Hanna Christian, GWA St. Pauli; Anja Bensinger-Stolze und Fredrik Dehnerdt, GEW-Vorsitzende Hamburg; Kay Kraack, Pastor St. Georg

Hier kann die Petition zum Hamburger Moratorium unterzeichnet werden:

https://www.openpetition.de/petition/online/aufschub-fuer-libyen-fluechtlinge-hamburger-moratorium-jetzt-spd-muss-humanitaere-loesung-zulassen

Quelle: https://www.openpetition.de 12.6.2013

---

und verwies den Anmelder im Übrigen darauf, eine Sondernutzungsgenehmigung zu beantragen, wie sie für Straßenfeste und ähnliche Veranstaltungen vorgesehen ist. Die gesetzlich vorgesehene gerichtlich überprüfbare Entscheidung der Versammlungsbehörde bekam der Anmelder erst, nachdem er das Verwaltungsgericht eingeschaltet hatte. Wenig überraschend verbot die Behörde es dann in dem gerichtlich erzwungenen Bescheid, mehr als ein Zelt aufzustellen, in dem zudem niemand hätte schlafen sollen.

Der Anmelder legte Widerspruch ein und rief erneut das Verwaltungsgericht Hamburg an, das die Anzahl der Zelte auf drei erhöhte und es gestattete, eine Dixi-Toilette aufzustellen. Erst das Oberverwaltungsgericht hat nun auch das Verbot ausgesetzt, in den Zelten zu schlafen.

PM Die LINKE

Ausschluss vom Arbeitsmarkt in den ersten Jahren gut in die Gesellschaft integriert haben“, kritisiert Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier. Durch ständige Verlängerung der Duldung, teilweise nur für wenige Tage, entstehen Kettenduldungen. „Das ist weder gesellschaftspolitisch noch rechtsstaatlich vertretbar“, betont Stockmeier.

Die vom Bundesrat beschlossene Bleiberechtsregelung könnte das Problem der Kettenduldungen deutlich eingrenzen. Sie sieht vor, dass Flüchtlinge eine dauerhafte Perspektive in Deutschland erhalten können, wenn sie sich seit mehr als acht Jahren oder als Familie mehr als sechs Jahre in Deutschland aufhalten.

Grundsätzlich müssen sie ihren Lebensunterhalt eigenständig sichern und straffrei geblieben sein. Aus humanitären Gründen bezieht die neue Bleiberechtsregelung aber auch die Menschen mit ein, die Anforderungen wie die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts nicht erfüllen können, weil sie zum Beispiel alt oder krank sind. „Die Regelung honoriert Integration und gibt auch Menschen eine Chance auf ein Bleiberecht, die die unrealistischen Anforderungen der bisherigen Regelungen nicht erfüllen können“, hebt Stockmeier hervor.

Die neue Bleiberechtsregelung könnte mindestens 35 000 Menschen zugutekommen, die laut Aussage der Bundesregierung Ende 2012 mehr als sechs Jahre nur geduldet in Deutschland lebten. Sie hätten nach Jahren des Aufenthalts in Deutschland endlich einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus und beispielsweise einen Zugang zu einem Integrationskurs.

Die Diakonie fordert die Bundesregierung auf, den Gesetzesentwurf noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen.

Weitere Informationen finden Sie auf aktion-bleiberecht.de

Quelle: Pressestelle Diakonie Deutschland 12.06.2013 – Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Schengen: Grüne lehnen neue Schlagbaumpolitik ab

Das Europaparlament hat heute den neuen Schengenregeln zugestimmt. Sie weiten die Möglichkeiten für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen aus. Mitgliedsländer dürfen künftig an den innereuropäischen Grenzen kontrollieren, wenn sie die massenhafte Ankunft von Flüchtlingen befürchten. Die Grünen lehnen das entschieden ab.

Ska Keller, migrationspolitische Sprecherin der Grünen/EFA im Europaparlament, kommentiert:

„Das Europaparlament hat bei der Verteidigung einer der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union versagt. Statt dem populistischen Ansinnen der Bundesregierung und anderer Mitgliedsstaaten einen Riegel vorzu-

schieben, hat es der neuen Schlagbaumpolitik zugestimmt.

Mitgliedsländer dürfen künftig Schlagbäume im Schengenraum nicht nur bei Terrorangriffen oder Großveranstaltungen wieder errichten, sondern – für bis zu zwei Jahre – auch wenn es „schwerwiegende Defizite bei der Kontrolle der Außengrenzen“ gibt und zu viele Flüchtlinge über die innereuropäischen Grenzen kommen. Das öffnet dem populistischen Missbrauch von Schengen Tür und Tor.

Die vermeintlichen Schutzmechanismen gegen den Missbrauch des neuen „Notfallmechanismus“ helfen in der Praxis wenig. Denn letztlich bestimmen die einzelnen Mitgliedsstaaten, was ein „Notfall“ ist und ob sie die Schlagbäume an ihren Binnengrenzen wieder herunterlassen.

Wir Grüne haben uns dafür eingesetzt, dass Grenzkontrollen generell nur wiedereingeführt werden dürfen, wenn es aus gesamteuropäischer und nicht nur aus einzelstaatlicher Sicht gute Gründe dafür gibt. So schwerwiegende Entscheidungen, die das Herz der EU treffen, müssen gemeinsam auf EU-Ebene getroffen werden. Denn Schengen betrifft alle.

Das Europaparlament hat auch bei der Wahrung seiner eigenen Rechte versagt. Es hat dem Rat klein bei gegeben und seinem Ausschluss aus der Gesetzgebung zu einem Teil des Schengenpakets zugestimmt. Beim sogenannten Schengen-Evaluationsmechanismus entscheidet das Parlament jetzt nicht mehr mit, sondern wird vom Rat nur noch auf freiwilliger Basis konsultiert.“

Quelle: Pressemitteilung Ska Keller, migrationspolitische Sprecherin der Grünen/EFA im Europaparlament 12.06. 2013 ■

Versagen Europäischer Solidarität

Weltflüchtlingstag: Europa vergibt Chance für gemeinsamen Flüchtlingsschutz

BERLIN „In Europa wird gerne vergessen, dass achtzig Prozent der Flüchtlinge von Entwicklungsländern aufgenommen werden“, sagt Franziska Vilmar, Asylexpertin von Amnesty International anlässlich des diesjährigen Weltflüchtlingstags am 20. Juni. Dieses Jahr sind so viele Menschen auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung wie zuletzt Mitte der 1990er Jahre. Nur ein Bruchteil wird von Industrieländern aufgenommen. „Angesichts dieser Zahlen muss Europa dringend mehr Aufnahmeplätze für besonders bedürftige Flüchtlinge anbieten“, fordert Vilmar. Bisher stellen die EU-Staaten nur knapp 5000 Plätze für das sogenannte Resettlement-Programm der UNO bereit. „Aktuell werden über 1,5 Millionen Flüchtlinge aus Syrien von den Nachbarländern, vor allem in Jordanien, dem Libanon und der Türkei, aufgenommen“, sagt Vilmar. „Europa muss mehr tun, um diese Flüchtlinge zu unterstützen. Dass Griechenland nach wie vor Boote mit syrischen Flüchtlingen in türkische Gewässer zurückdrängt, ist ein Skandal.“ An Deutschland gerichtet, erklärt Vilmar: „Deutschland muss innerhalb von Europa endlich solidarischer für den Flüchtlingsschutz einstehen. Es genügt nicht, keine Asylsuchenden mehr nach Griechenland zurückzuschicken, weil dort das Asylsystem zusammengebrochen ist. Die EU-Staaten müssen dringend etwas gegen die massenhafte Inhaftierung von Asylsuchenden und Migranten in Griechenland unternehmen, darunter schutzbedürftige Syrer und Minderjährige.“

Auch das vergangene Woche vom Europaparlament beschlossene „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ sieht Amnesty kritisch. Die neuen europäischen Vorgaben könnten zu noch mehr Inhaftierungen von Asylsuchenden führen. Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, etwa minderjährige oder Folteropfer, werden nach wie vor nicht von den verkürzten Verfahren, wie dem Flughafenverfahren ausgenommen. Kostenlosen Rechtsbeistand gibt es nur im Gerichtsverfahren und auch nur bei entsprechenden Erfolgsaussichten. Vilmar betont: „Nationale Interessen waren bei den Verhandlungen wichtiger als das Ziel eines europaweiten wirksamen Flüchtlingsschutzes. Die vielen Ausnahmeregelungen verhindern gleiche Standards. Auch in Zukunft wird es einen Riesenunterschied machen, ob jemand in Ungarn, Schweden oder Italien seinen Asylantrag stellt.“

Quelle: Pressemitteilung Amnesty International 18.06.2013 ■

PRO ASYL zum Weltflüchtlingstag am 20.6.2013:

Anlässlich des Weltflüchtlingstages kritisiert PRO ASYL das völlige Versagen Europas angesichts der Not der syrischen Flüchtlinge. Wo dringend ein europäisches Adhoc-Aufnahmeprogramm für eine große Zahl syrischer Flüchtlinge nötig wäre, glänzen fast alle EU-Staaten mit Untätigkeit.

Rund 1,6 Millionen Menschen sind aus Syrien in die Nachbarstaaten geflohen. Dort werden bemerkenswerte Anstrengungen zur Aufnahme und Erstversorgung der Flüchtlinge unternommen. Die EU hingegen agiert nach bekanntem Muster: Statt in den Flüchtlingsschutz investiert sie in die Abschottung der Grenzen; statt gemeinsam solidarisch zu handeln wälzen die EU-Regierungen die Verantwortung für die Flüchtlinge an einige EU-Randstaaten ab.

Folge dieser Politik sind schwere Menschenrechtsverletzungen in den EU-Randstaaten. Syrerinnen und Syrer, die auf eigene Faust Richtung Europa fliehen, werden dort in zahlreichen Fällen Opfer von illegalen Zurückweisungen, Inhaftierungen, von Polizeigewalt und rassistischen Attacken – etwa in Griechenland.

PRO ASYL fordert Europas Regierungen zu einer gemeinsamen Aufnahmeaktion auf, die die Erstaufnahmeländer wirksam unterstützt. Die angekündigte Aufnahme von 5000 syrischen Flüchtlingen durch Deutschland kann hierzu ein erster Schritt sein. Finanzielle Hilfen für die Erstaufnahmestaaten sind wichtig, aber nicht ausreichend.

Deutschland muss Familiennachzug erleichtern

PRO ASYL fordert die Bundesregierung auf, außerhalb des beschlossenen Kontingents Angehörige von in Deutschland lebenden syrischen Familien aufzunehmen. Bei Flüchtlingsberatungsstellen wie auch am Beratungstelefon von PRO ASYL melden sich in großer Zahl syrische Staatsangehörige und Deutsche mit syrischem Migrationshintergrund, die Familienangehörige zu sich holen wollen. Doch das scheitert in der Regel an den enormen rechtlichen und bürokratischen Hürden für den Familiennachzug:

Erwachsenen Kindern oder Eltern von in Deutschland lebenden Syrern wird die Einreise verweigert, denn ein Nachzug außerhalb der sogenannten „Kernfamilie“ wird nicht gestattet.

Viele Nachzugsanträge scheitern daran, dass die Angehörigen die Lebensunterhalts-sicherung für ihre geflüchteten Familienmitglieder nicht garantieren können oder ihnen dies von den Behörden unterstellt wird.

PRO ASYL fordert:

- Ein europäisches Adhoc-Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge. Die Europäische Union muss ihre Grenzen für Schutzbedürftige öffnen.
- Den ca. 40 000 syrischen Staatsbürgern in Deutschland muss jenseits des geplanten Kontingents ermöglicht werden, ihre Familienangehörigen bei sich aufzunehmen.
- Ein entschlossenes Vorgehen gegen die unmenschliche Behandlung von Flüchtlingen in den EU-Staaten an der Außengrenze. So lange systemische Mängel in den Flüchtlingsaufnahmesystemen dieser EU-Staaten bestehen, muss den Betroffenen die Asylantragstellung in anderen EU-Staaten ermöglicht werden.

Quelle: Presseerklärung PRO ASYL 18.06.2013 ■

EU-Regelungen verschlechtern Schutz für Flüchtlinge

Leidvolle Erfahrungen von Flüchtlingen im EU-Asylsystem JRS Bericht „Protection Interrupted“: Dublin II bricht das Schutzversprechen. Die Chancen von Asylsuchenden, in Europa Schutz zu finden, werden durch die europäische Zuständigkeitsrege-

lung („Dublin II“) erheblich verschlechtert und verzögert. Zu diesem Schluss kommt der Jesuiten-Flüchtlingsdienst (JRS) in einem am 04. Juni in Brüssel vorgestellten Bericht. Dafür wurden 257 Asylsuchende, die von diesem Verfahren unmittelbar betroffen waren, in neun EU-Staaten nach ihren Erfahrungen gefragt. Deutschland wird u.a. für die häufige Inhaftierung von Asylsuchenden kritisiert.

Die sog. Dublin-II-Verordnung sieht vor, dass derjenige EU-Staat für das Asylverfahren zuständig ist, in dem ein Flüchtling zuerst europäischen Boden betreten hat. „Diese Regelung beruht auf der Annahme, dass überall in Europa ähnliche Schutzstandards gelten – sowohl für das Asylverfahren wie auch für menschenwürdige Lebensverhältnisse während des Verfahrens“, so Philip Amaral, Advocacy Coordinator des JRS Europa. „Unser Bericht belegt, wie falsch diese Annahme ist. In Frankreich müssen Asylsuchende oft in Bahnhöfen oder Parks übernachten, weil sie keine Unterkunft erhalten. In Belgien werden sie im Dublin-Verfahren regelmäßig inhaftiert. In Italien sieht das Gesetz zwar vor, ihnen Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, es geschieht aber nicht.“

In Deutschland hat der JRS mit 37 Flüchtlingen gesprochen, viele hatten eine Odyssee durch drei oder vier EU-Staaten hinter sich. Rund die Hälfte gab an, das Verfahren nicht zu verstehen – ein Wert, den der Bericht europaweit bestätigt. Viele hatten zuvor Monate lang in anderen EU-Ländern schutzlos ohne Essen und Geld auf der Straße leben müssen. „Für sie ist es eine enorme Belastung, in Länder zurückgeschoben zu werden, die sie wegen unerträglicher Zustände verlassen haben“, sagt Heiko Habbe, Policy Officer des JRS Deutschland und Autor des Deutschlandkapitels. Scharf kritisiert er die hiesige Inhaftierungspraxis: „Inzwischen treffen wir in der Abschiebungshaft überwiegend Asylsuchende im Dublin-Verfahren, die in einen anderes EU-Land zurückgeschoben werden sollen. Dabei müssten diese Verfahren – so wie andere Asylverfahren auch – grundsätzlich in Freiheit geführt werden.“ Außerdem haben es Betroffene besonders schwer, einen Rechtsbeistand zu erhalten.

„Viele sind über ein Verfahren, das für sie lebensentscheidend ist, schlecht informiert. Und dadurch oft nicht in der Lage, Entscheidungen zu verstehen, geschweige denn, sie gerichtlich anzufechten.“ Gemeinsam mit anderen Organisationen fordert JRS Deutschland deshalb, Flüchtlingen freizustellen,in welchem Land sie ihr Asylverfahren führen wollen. Ein junger Afghane fasste den erschütternden Bericht seiner jahrelangen Flucht quer durch Europa am Ende so zusammen: „Ja, ich kenne Dublin II. Es ist ein Krieg gegen Flüchtlinge.“

Quelle: Pressemitteilung Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland 04.06.2013

EU-Parlament verabschiedet so genanntes Asylpaket

PRO ASYL: Gemeinsames Asylrecht nicht in Sicht – mehr Inhaftierungen, weiterhin keine Menschlichkeit und Solidarität bei der Aufnahme – Fortsetzung der „Schutzlotterie“

Heute verabschiedet das Europaparlament ein so genanntes Asylpaket, welches für hunderttausende Asylsuchende in der EU von existenzieller Bedeutung sein wird. Nachdem am 7. Juni 2013 bereits die EU-Innenminister formell zugestimmt hatten, werden die Bauarbeiten am gemeinsamen europäischen Asylsystem nun bis auf Weiteres eingestellt.

Die bittere Bilanz von PRO ASYL: Die heute angenommenen Richtlinien zur sozialen Aufnahme, zu Asylverfahren und die Verordnungen zur Asylzuständigkeit (Dublin III) und dem europaweiten Fingerabdruckabgleich (Eurodac) werden die „europäische Schutzlotterie“ nicht beenden. Der Flickenteppich im Asylrecht wird fortbestehen. Das inhumane und unsolidarische Asylzuständigkeitssystem Dublin bleibt in seinen Grundstrukturen erhalten und wird die flüchtlingspolitische Systemkrise in Europa weiter verschärfen. Die Inhaftierung von Asylsuchenden droht zur Regel in der EU zu werden. Knapp vierzehn Jahre nach dem Startschuss zu einem gemeinsamen europäischen Asylrecht ist auch nach der zweiten Etappe kein “Europa des Asyls“ (so der Anspruch im so genannten Stockholmer Programm der EU von 2009) oder gar ein „gemeinsamer Schutzraum für Flüchtlinge“ (ebenda) geschaffen worden.

Dem Paket, das fälschlicherweise das Label „Asyl“ trägt, hat das Parlament nach quälend langen Verhandlungen, mannigfaltigen Verwässerungen und Verschärfungen durch die EU-Mitgliedstaaten zugestimmt – nach dem Motto „Augen zu und durch „, Einigung um jeden menschenrechtlichen Preis.

Aus einer Aufnahme- wurde eine Inhaftierungsrichtlinie

Die so genannte Aufnahmerichtlinie sollte eigentlich die sozialen Aufnahmebedingungen für Asylsuchende regeln. Im Zuge der Verhandlungen wurde daraus eine Inhaftierungsrichtlinie für Schutzsuchende. Bei den Verhandlungen wollte kein Staat auf seine Haftgründe verzichten. So kam es dazu, dass die Richtlinie nun sechs Haftgründe enthält, die es erlauben, Asylsuchende zu inhaftieren. Bis jetzt hat kein EU-Mitgliedstaat alle sechs in der Aufnahmerichtlinie vorgesehenen Haftgründe (ungeklärte Identität, Beweissicherung im Asylverfahren, Prüfung des Einreiserechtes, verspätete Asylantragsstellung, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Dublinverfahren) im nationalstaatlichen Recht verankert. Selbst die alte Position des Europaparlaments, zumindest die Inhaftierung von unbegleiteten Flüchtlingskindern zu verbieten, wurde im Zuge der Verhandlungen aufgegeben.

Die Zustimmung des Europaparlaments zu diesem europäischen Inhaftierungsprogramm stellt aus Sicht von PRO ASYL ein menschenrechtliches Armutszeugnis dar. Die höheren Verfahrensgarantien, die das Europaparlament für inhaftierte Asylsuchende erstritten hat, verschieben die Auseinandersetzung auf die Gerichtsebene. Gemeinsam mit den Betroffenen muss nun in einer langen gerichtlichen Auseinandersetzung dieses exzessive europäische Inhaftierungsprogramm bekämpft werden.

Deutschland hat sich für zwei dieser Inhaftierungsgründe vehement eingesetzt: bei Verfahren der Asylzuständigkeit (Dublin-II-Verordnung) und bei verspäteter Asylantragsstellung. Dreist behauptet das Bundesinnenministerium in einer Pressemitteilung vom 7. Juni 2013: „In Deutschland werden Asylbewerber grundsätzlich nicht in Haft genommen.“ Fakt ist, dass bundesweit über 50 Prozent aller Abschiebungshaftfälle Asylsuchende – Dublinfälle – sind.

Zentrale Verbesserungen durch europäische Gerichte erzwungen

Zentrale Verbesserungen in der so genannten Dublin-III-Verordnung sind vor allem Grundsatzurteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg und des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg zu verdanken: In Zukunft wird es eine Form des Rechtsschutzes mit aufschiebender Wirkung bei drohenden Überstellungen auf Grundlage der europäischen Asylzuständigkeitsregelung geben. Der jahrelangen deutschen Praxis, Asylsuchende im Morgengrauen abzuholen und auf dem Weg zum Flughafen die jeweiligen Überstellungsbescheide in ein anderes europäisches Land auszuhändigen, wird damit ein Ende gesetzt. Allein fliehende Kinder und Jugendliche dürfen nicht mehr wie Stückgut in das Land der Einreise zurückgeschickt werden. Diese Errungenschaften, besser: Reparaturmaßnahmen am löchrigen Flüchtlingsschutz, wurden in jahrelangen Auseinandersetzungen vor Gericht erkämpft.

Quelle: PRO ASYL 12. Juni 2013 ■

Demo gegen Abschiebung von Roma

Am Dienstag, den 18. Juni wird es erneut eine Sammelabschiebung vom Düsseldorfer Flughafen aus geben – bereits die dritte in diesem Jahr. Bei einem Großteil der Betroffenen handelt es sich um Roma, die vor systematischer Diskriminierung und Ausgrenzung aus dem ehemaligen Jugoslawien geflohen sind.

Wir werden das nicht hinnehmen, auch

dieses Mal wird es wieder lautstarke Proteste gegen die unmenschliche Abschiebepraxis der Bundesrepublik Deutschland geben!

Kommt zahlreich und bringt eure FreundInnen mit!

Gerade letzte Woche ist eine Gruppe von RechtsanwältInnen, JournalistInnen, ÄrztInnen und VetreterInnen von NGOs von einer Recherchereise aus Serbien zurückgekehrt, welche die extrem schwierige Situation vieler Abgeschobener bestätigt hat. Auch vier VertreterInnen des Roma Center Göttingen waren dabei. Trotz der von der serbischen Regierung entwickelten Programme mussten wir feststellen, dass viele der aus Deutschland Abgeschobenen nach ihrer Rückkehr in Verhältnissen leben müssen, in denen nicht einmal ihre grundlegendsten Bedürfnisse gedeckt sind. Kinder müssen in selbstgebauten Sperrmüllbaracken leben, viele Familien wissen nicht, was sie am nächsten Tag essen sollen. Die hygienische Situation ist vielerorts eine Katastrophe. Zum Teil bestand noch nicht einmal eine Versorgung mit Wasser, ganz abgesehen von einem Zugang zu Gesundheitssystem oder Sozialleistungen. Aufgrund von systematischer Ausgrenzung und Diskriminierung ist es für Roma in Serbien häufig unmöglich, eine geregelte Arbeitsstelle zu finden – übrig bleiben extrem schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs, Straßenverkäufe von gesammelter Kleidung sowie oft auch das Ausbleiben von Einkommen. Auch von rassistisch motivierten Übergriffen gegen Roma wurde uns häufig und an verschiedenen Orten berichtet.

Ein junger Mann, der mit seiner Familie drei Jahre ohne Strom und Wasser leben musste, begrüßte uns mit den Worten: „Kann ich sofort mit euch nach Deutschland gehen, ich bin dort geboren". Neben verschieden Roma-Siedlungen besuchten wir NGOs, eine Menschenrechtsanwältin und sprachen auch mit Vertretern des Kommissariats für Flüchtlinge und Migration, sowie Verantwortlichen des Border Police Departments im Innenministeriums. Die Realität der Betroffenen und die von den offiziellen Stellen vorgestellten Aktionspläne gehen weit auseinander.

Dazu sagt K. Emini vom Roma Center Göttingen: „Auf dem Papier mögen die offiziellen Programme in Serbien gut aussehen, vor Ort aber ist keine Verbesserung der Lage der Roma zu sehen. Aber das ist es, was zählt. Insofern gebieten die humanitäre Lage sowie die politische Diskriminierung der Roma in Serbien, dass alle Roma hier bleiben."

alle bleiben! Wir werden das nicht hinnehmen, auch dieses Mal wird es wieder lautstarke Proteste am Düsseldorfer Flughafen gegen die unmenschliche Abschiebepraxis der Bundesrepublik Deutschland geben! Kommt zahlreich und bringt eure FreundInnen mit!

Gerade letzte Woche ist eine Gruppe von RechtsanwältInnen, JournalistInnen, ÄrztInnen und VetreterInnen von NGOs von einer Recherchereise aus Serbien zurückgekehrt, welche die extrem schwierige Situation vieler Abgeschobener bestätigt hat. Auch vier VertreterInnen des Roma Center Göttingen waren dabei. Trotz der von der serbischen Regierung entwickelten Programme mussten wir feststellen, dass viele der aus Deutschland Abgeschobenen nach ihrer Rückkehr in Verhältnissen leben müssen, in denen nicht einmal ihre grundlegendsten Bedürfnisse gedeckt sind. Kinder müssen in selbstgebauten Sperrmüllbaracken leben, viele Familien wissen nicht, was sie am nächsten Tag essen sollen. Die hygienische Situation ist vielerorts eine Katastrophe. Zum Teil bestand noch nicht einmal eine Versorgung mit Wasser, ganz abgesehen von einem Zugang zu Gesundheitssystem oder Sozialleistungen. Aufgrund von systematischer Ausgrenzung und Diskriminierung ist es für Roma in Serbien häufig unmöglich, eine geregelte Arbeitsstelle zu finden – übrig bleiben extrem schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs, Straßenverkäufe von gesammelter Kleidung sowie oft auch das Ausbleiben von Einkommen. Auch von rassistisch motivierten Übergriffen gegen Roma wurde uns häufig und an verschiedenen Orten berichtet.

Ein junger Mann, der mit seiner Familie drei Jahre ohne Strom und Wasser leben musste, begrüßte uns mit den Worten: „Kann ich sofort mit euch nach Deutschland gehen, ich bin dort geboren". Neben verschieden Roma-Siedlungen besuchten wir NGOs, eine Menschenrechtsanwältin und sprachen auch mit Vertretern des Kommissariats für Flüchtlinge und Migration, sowie Verantwortlichen des Border Police Departments im Innenministeriums. Die Realität der Betroffenen und die von den offiziellen Stellen vorgestellten Aktionspläne gehen weit auseinander.

Dazu sagt K. Emini vom Roma Center Göttingen: „Auf dem Papier mögen die offiziellen Programme in Serbien gut aussehen, vor Ort aber ist keine Verbesserung der Lage der Roma zu sehen. Aber das ist es, was zählt. Insofern gebieten die humanitäre Lage sowie die politische Diskriminierung der Roma in Serbien, dass alle Roma hier bleiben."

Quelle: Roma Center Göttingen e.V. 17.06.2013 ■

Migranten und Behinderte wollen Diversity-Management nicht

KÖLN: Im Integrationsrat Köln hat sich eine Mehrheit gegen die Koalition aus SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gebildet. Die Migrantenvertreter stimmten gemeinsam mit der LINKEN für einen Antrag des Integrationsratsvorsitzenden Tayfun Keltek. Sie kritisierten darin den Umgang der Verwaltung mit dem Thema „Integration" und forderten sie auf, die Organisationsverfügung zur Einführung eines Diversity-Managements zurückzunehmen. Auch von Behinderten- und Integrationsorganisationen und -experten lagen ablehnende Stellungnahmen vor.

Der Integrationsrat wehrt sich gegen die geplante Zusammenfassung des Interkulturellen Referats, der Behindertenbeauftragten und des Referates für Lesben, Schwule und Transgender zu einer Stelle für „Diversity-Management". Der Integrationsrat kritisiert in seinem Beschluss nicht nur das fehlende Konzept, das eine Verzahnung der inhaltlich komplett unterschiedlichen Arbeitsweisen der drei Verwaltungseinheiten unrealistisch erscheinen lässt, sondern fordert ein Integrationsamt.

„Diversity Management" ist ein Begriff aus der Unternehmenskultur. Die Definition des Vereins „Charta der Vielfalt", der aus Großunternehmen wie Mac Donalds Deutschland, Daimler-Benz oder Deutsche Bank besteht, lautet: „Der Leitgedanke des Diversity Managements ist: Die Wertschätzung der Vielfalt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dient dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens oder der Institution. Ziel ist, Personalprozesse und Personalpolitik von Organisationen so auszurichten, dass einerseits die Belegschaft die demographische Vielfalt des Geschäftsumfeldes widerspiegelt sowie andererseits alle Mitarbeitenden Wertschätzung erfahren und motiviert sind, ihr Potential zum Nutzen der Organisation einzubringen."

Das passiert bereits zum Teil in der Stadtverwaltung, indem sie Maßnahmen ergreift mehr Migranten einzustellen. Natürlich ist es wichtig, (auch) Minderheiten in der Stadtpolitik wertschätzend zu begegnen. Doch allein das reicht nicht. Diese benachteiligten Gruppen brauchen einen Nachteilsausgleich, der z. B. in barrierefreier Planung von öffentlichen Gebäuden besteht oder in spezieller Förderung von Flüchtlingskindern. Das ist aber leider keine Frage des Konzeptes, sondern eine Frage des Geldes. Die Maßnahmen wollen geplant und umgesetzt werden. Das verursacht zusätzliche Kosten, auch in der Verwaltung.

Rot-Grün behauptet, Diversity-Management ist eine moderne und bessere Version der alten Integrationspolitik. In Wahrheit ist es eine Kürzung. Von aktuell 13 Stellen allein für die Integrationspolitik werden nach der Umstellung noch fünf bleiben. Das als Qualitätsverbesserung zu verkaufen, ist eine Unverschämtheit! Nicht nur die Migranten, auch die Organisationen behinderter Menschen wehren sich gegen das neue Sparmodell.

JD/AK Lokalberichte Köln

Das „Blood and Honour“-Netzwerk entschlüsselt



Im Buch „Blut und Ehre“ behaupten die Autoren, dass Uwe Böhnhard, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe ein größeres Unterstützernetzwerk gehabt hätten – und nicht wie allgemein angenommen als isoliertes Terrortrio agiert haben.

Die Bücher heißen „Das Zwickauer Terrortrio“, „Die Zelle“ oder „Rechter Terror in Deutschland“ – jeder Verlag, der etwas auf sich hält, hat mittlerweile ein Buch über den Nationalsozialistischen Untergrund NSU veröffentlicht. Nun also „Blut und Ehre – Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland“ im Christoph-Links-Verlag. Warum noch ein Buch über den NSU? Der Herausgeber und Mitautor Andreas Speit:

„Ein zentraler Unterschied ist, dass wir sehr akribisch von 1945 bis 2013 verschiedene rechtsextreme Übergriffe, aber auch rassistische Mob-Übergriffe noch einmal genau uns angeschaut haben und hier dann eben auch wirklich en detail versucht haben zu skizzieren, was ist damals passiert, was ist die gesellschaftliche Debatte gewesen, was hat das für eine Auswirkung auf die Bundesrepublik gehabt?“

In der Tat: Äußerst detailreich beschreiben Andreas Speit und Andrea Röpke rechtsextreme, rassistisch und antisemitisch motivierte Gewalttaten der letzten Jahrzehnte in Deutschland. Einige dürften sich im kollektiven Gedächtnis festgesetzt haben – die Pogrome von Rostock -Lichtenhagen und Hoyerswerda oder das Wehrsportkommando Hoffmann. Die meisten Taten und Täter dürften allerdings längst vergessen sein oder es können sich nur noch von wenige an sie erinnern: Die sogenannte „Gruppe Ludwig“ zum Beispiel, die von 1977 bis ‘84 mindestens 10 folgenschwere Anschläge in Deutschland und Italien verübte und dabei mindestens 15 Menschen ermordete.

Terrorismus in Deutschland, das war vor der Aufdeckung der Zwickauer Zelle automatisch Terrorismus von links, schreiben die Autoren. In das Gedächtnis fest eingebrannt: Baader-Meinhof, RAF, Bewegung 2.Juni. Die Muster des linksextremistisch motivierten Terrorismus wurden schnell auf den Terror von rechts übertragen – deshalb wunderten sich auch alle über das Fehlen von Bekennerschreiben beim NSU – konstatieren Röpke und Speit.

„Diese verkürzte Denklogik spiegelt sich auch in der Begriffsbildung mancher Medien wider, die von der „Braunen Armee Fraktion“ in Anlehnung an die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) schreiben. Dabei wird nicht erkennbar, dass die Zielgruppen von braunem und rotem Terror weitgehend andere sind. Auffällig dabei: Der linke Terror ist im kollektiven Gedächtnis präsent, der rechte Terror wenig – bis gar nicht.“

Mit dem Buch „Blut und Ehre“ will der Christoph-Links-Verlag dies – wenigstens ansatzweise – ändern. Der Titel bezieht sich auf das rechtsextreme „Blood and Honour“-Netzwerk, das nationalsozialistische Ideologie mithilfe von Musik verbreitet – ein loser Zusammenschluss, der auch Mundlos, Bönhardt und Zschäpe in seinen Reihen wusste. Andrea Röpke und Andreas Speit sind Fachjournalisten und profunde Kenner der rechtsextremen Szene. Seit Jahren recherchieren sie mutig im Umfeld von Neonazis und NPD, nehmen auch Bedrohungen in Kauf. Andrea Röpke ist mehrmals von gewalttätigen Rechtsextremen angegriffen worden. Sie kennt die Netzwerke genau und hat deshalb große Zweifel an der Aussage des Generalbundesanwalts, der in der Anklage gegen Beate Zschäpe von einem aufeinander eingeschworenen Tötungskommando aus drei Personen mit einem sehr eng begrenzten Unterstützerkreis ausgeht.

„Bereits auf dem Weg in den Untergrund, so wird sichtbar, waren militante Seilschaften und ‚Blood & Honour‘ und militante Kameradenkreise entscheidend, die sich aktiv zwischen Rechtsrock und Polit-Aktionen bewegten. Später kamen von dort auch Geld, Ausweise, neue Identitäten und wohl auch Waffen für die NSU-Terroristen. Anders als offiziell dargestellt, schien das Trio niemals gesellschaftlich und politisch isoliert zu sein.“

Röpke und Speit gehen von einem Unterstützerkreis für die drei mutmaßlichen Rechts-Terroristen aus, der auch von den Morden wusste. Ein Indiz: die Verbreitung der zynischen Paulchen-Panther-Bekenner-DVDs. Sie wurden nicht alle per Post verschickt. Die Anklage geht davon aus, Zschäpe persönlich habe sie nach dem Tod von Mundlos und Bönhard verteilt. Andreas Speit: „Es ist eine Annahme, man könnte aber auch annehmen, vielleicht lag diese DVD bei Kameraden herum für den Fall X, wo sie dann sozusagen veröffentlicht werden sollte als Bekennervideo von den Dreien, nachdem sie aufgeflogen sind.“

Eine interessante These, leider liefern die Autoren dafür keine Belege.

Zusammengefasst: Gut, dass die beiden in ihrem Buch einen weiten Bogen geschlagen haben und den Rechtsterrorismus von 1945 bis heute beschreiben. Der NSU war kein isoliertes Phänomen, er hat eine Vorgeschichte. Andererseits: der Detailreichtum und der schlichte Berichts-Stil machen das Buch streckenweise ermüdend. Namen über Namen, ein Ereignis reiht sich an das nächste, leider werden zu wenige Zusammenhänge hergestellt. „Blut und Ehre“ ist ein Nachschlagewerk geworden, keine analytische Aufarbeitung des Rechtsterrorismus in Deutschland.

Die Publikation verfügt glücklicherweise über ein ordentlich geführtes Register. Noch besser wäre allerdings eine zusätzliche Internet-Datenbank gewesen, zumal im NSU-Prozess weitere neue Erkenntnisse zu erwarten sind – so berichtete der Angeklagte Carsten S. von einem möglichen weiteren Attentat des NSU, das den Anklägern bislang entgangen ist. Ebenfalls hilfreich wäre eine interaktive Graphik, die das Unterstützernetzwerk des NSU zeigt. Auch für den Christoph-Links-Verlag gilt: Papier bedrucken reicht heute einfach nicht mehr aus.

Andrea Röpke/Andreas Speit: Blut und Ehre Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Ch. Links Verlag, 288 Seiten, 19,90 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Urlaubsland Deutschland: Elsass, Südtirol, Ostpreußen

„Urlaubsland Deutschland – Ab in die Ferien!“: Ist, selbst in einer Rechtsausleger-Postille wie ZUERST! etwas harmloseres denkbar als ein Sommerurlaubs-Titelthema? Die „10 schönsten Ferienziele in deutschen Kulturlandschaften“ – wie könnte ein notorischer Bayernwaldurlauber wie der Autor dieser Zeilen dagegen etwas haben?

Der antifaschistische Schriftsteller Bertolt Brecht schrieb im dänischen Exil sein Gedicht „An die Nachgeborenen, das u.a. die Zeilen enthält: „ Was sind das für Zeiten, wo//Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist//Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!“. Und ein scheinbar harmloser Beitrag über Ferienziele kann Revanchedenken und ideologische Kriegsvorbereitung einschließen, wenn diese Ziele u.a. in Russland, Polen, Tschechien, Österreich, Italien und Frankreich liegen. Oder, wie die Autoren DIRK REINARTZ und FALK TIEDEMANN formulieren: „ZUERST! hat für Sie einige Empfehlungen für den ‚Heimaturlaub‘ zusammengestellt und dabei großzügig die heutigen Grenzen außer acht (so im Original – tri) gelassen, denn Regionen, die über lange Zeit historisch und kulturell deutsch geprägt worden sind, gibt es eben nicht nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.“

Das liest sich dann so: „Einst ein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet in Böhmen, Mähren und Schlesien, wurde das Sudetenland 1919 im Vertrag von Saint-Germain dem neugegründeten Kunststaat Tschechoslowakei zugesprochen, seit der Vertreibung der Deutschen 1945/46 gehört die Region teils zur Tschechischen Republik, teils zu Polen“ („Legendär: das Riesengebirge“). Oder so: „Dazu locken die Zeugnisse der deutschen Kultur wie Ordensburgen, Kirchen und Schlösser. Viele dieser historischen Bauwerke haben die Zeit der Fremdverwaltung überstanden“ („Nostalgisch: Ostpreußen“). Oder auch so (grammatikalisch leicht daneben): „Seit 1919 ein Teil Italiens, verbindet die deutschen Südtiroler noch immer mehr mit ihren Nordtiroler Landsleuten in Österreich als mit dem Staat, in dem sie leben“ („Bodenständig: Südtirol“). Zweifellos handelt es sich bei den als Beispiel genannten Landschaften um lohnende Urlaubsziele, doch kann den Urlaub dort nur genießen, wer auch Besitzansprüche und Revanchedenken verzichtet.

Derzeit gibt es zwei große Strafprozesse gegen Angeklagte aus der rechten Szene: das Verfahren gegen die mutmaßliche Naziterroristin Beate Zschäpe und ihre Helfer in München und eine Verhandlung in Koblenz gegen mutmaßliche Mitglieder des „Aktionsbüros Mittelrhein“, einer rechtskriminellen Vereinigung im nördlichen Rheinland-Pfalz. In beiden Fällen versuchen die ZUERST!-Autoren Zweifel an der Stichhaltigkeit der Vorwürfe der Staatsanwaltschaft zu säen bzw. bereits vor einer möglichen Verurteilung rechte Märtyrer zu schaffen. Beginnen wir mit dem nicht so im Interesse der Öffentlichkeit stehenden Verfahren in Koblenz, über den DORIAN REHWALDT berichtet:

Mit dem Tatvorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung will die Staatsanwaltschaft natürlich auch einen bestimmten Eindruck in der Öffentlichkeit erzeugen. Eine gefährliche Gruppe werde da angeklagt, festgefügt und hierarchisch strukturiert, einig in der aggressiven Ablehnung und Bekämpfung der demokratischen Ordnung, und dies auch mit gewaltsamen Mitteln. Doch handelt es sich überhaupt um eine ‚Vereinigung‘ oder lediglich um ein lockeres Netzwerk, das sich um eine Internet-Präsenz gebildet hatte?... Ungewöhnlich ist, daß sich immer noch sieben der Angeklagten in Untersuchungshaft befinden. ‚Nach den bisherigen Vernehmungen läßt sich der zentrale Vorwurf, nämlich eine gemeinsame Verabredung zu Straftaten, nicht mehr aufrecht erhalten‘, so Rechtsanwalt Steffen Wilfried Hammer (Reutlingen) gegenüber ZUERST!. ‚Damit müßten die Angeklagten sofort aus der Untersuchungshaft entlassen werden.‘ Durch die langen U-Haftzeiten entsteht eine Schieflage, denn die Länge der U-Haft sollte in einer nachvollziehbaren Relation zur Höhe der späteren Urteile stehen. Die Anwälte befürchten deshalb, daß ihre Mandanten zu unverhältnismäßig hohen Haftstrafen verurteilt werden könnten, um die lange U-Haftdauer nachträglich zu rechtfertigen“. Die Menschen, die von den Angeklagten zusammengeschlagen und verletzt wurden werden das wohl anders sehen.

Der „NSU-Prozess“ in München passt den Rechten nicht in den Kram, besonders die zahlreichen Querverbindungen der braunen Mörder zur sich als seriöse Wahlpartei gebenden NPD sind der Partei und ihren ideologischen Freund(inn)en ein Dorn im Auge. Da die Morde und Anschläge als solche nicht bestritten werden können und auch die Frage nach den Tätern klar ist, muss die Rechtspresse anders vorgehen. KAI VOSS (laut ZUERST! „Mitarbeiter einer Behörde“ in Sachsen) sieht den Terror, dem zahlreiche Menschen zum Opfer fielen, nicht als Werk von Nazis sondern als eine Inszenierung des Staates und spricht von „drei angeblichen Terroristen“ und einem „Schauprozeß“: „Nach unseren umfangreichen Recherchen ist die Version, daß der ‚Nationalsozialistische Untergrund‘ tatsächlich eine Operation unter Beteiligung mehrerer Geheimdienste ist, die wahrscheinlichte … Läßt sich beweisen, daß es den NSU überhaupt gab? … Ich persönlich glaube, daß die sogenannten ‚Dönermorde‘ in einer Reihe mit dem Bologna-Attentat, dem Oktoberfestanschlag und anderen Aktionen unter ‚falscher Flagge‘ zu sehen sind. … Der Staat schürt die ‚innere Spannung‘, damit die Bevölkerung freiwillig auf Freiheitsrechte verzichtet. … Wir werden feststellen, daß im Rahmen der geschürten Angst vor Rechtsterrorismus Partei- und Vereinsverbote massiv erleichtert werden. Dagegen wird sich keiner wehren – wer möchte schon als ‚Rechter‘ gelten?“. Damit setzt Voss, unter Rückgriff auf einen Fall, in den tatsächlich zwar Geheimdienste verstrickt waren , die direkten Täter aber Nazis waren (Bologna-Attentat) und auf einen anderen, in dem einiges darauf hinweist, dass staatliche Stellen die Hände im Spiel gehabt haben könnten, in dem der oder die ausführenden Täter aber ebenfalls Nazis waren, eine Verschwörungstheorie in die Welt, deren einziger Sinn es ist, die Faschisten, aus deren Reihen die Mörder stammten, von einer Mitschuld reinzuwaschen.

tri